



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

08 | 2017


STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Baugewerbe 2016

Einbürgerungen 2016



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Im Jahr 2016 trug das Baugewerbe fünf Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei und beschäftigte mit rund 121800 Arbeitskräften 6,1 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz.

B e i l a g e : Faltblatt „Umwelt und Energie“

08 | 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE

70. Jahrgang

kurz + aktuell	447
----------------	-----

Konjunktur ■ Industrie ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus ■ Familien ■ Soziales ■ Bildung
Gesundheitswesen ■ Festivals ■ Umwelt ■ Verkehr
Finanzen

Aus der amtlichen Statistik	465
-----------------------------	-----

Verbraucherpreise	466
-------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: Übernachtungsintensität 2016 nach Verwaltungsbezirken	467
---	-----

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016 – Baugewerbe	468
---	-----

Einbürgerungen 2016	474
---------------------	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	483
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	499
------------------	-----

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Anstieg der Industrieproduktion im Mai gegenüber dem Vormonat

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Mai 2017 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 2,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

In allen drei industriellen Hauptgruppen erhöhte sich der Output. In der Konsumgüterindustrie fiel der Anstieg gegenüber dem Vormonat am höchsten aus (+3,2 Prozent). Die Investitionsgüterhersteller steigerten ihren Güterausstoß um 1,5 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduktion legte um ein Prozent zu.

In den drei umsatzstärksten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die bereinigte Produktion unterschiedlich. In zwei der drei Branchen lag der Output über dem Niveau des Vormonats. Im Maschinenbau, der Industriebranche mit dem drittgrößten Umsatz, erhöhte sich der Güterausstoß um 3,5 Prozent. In der Chemischen Industrie, der umsatzstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, stieg der Output um ein Prozent. Der Fahrzeugbau, der Industriezweig mit dem zweithöchsten Umsatz, drosselte hingegen seine Produktion um zwei Prozent.

Gegenüber dem Vorjahresmonat ist der bereinigte Produktionsindex um 1,4 Prozent gestiegen. Zwei der

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2017		Jan. bis Mai 2017
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	April 2017	Mai 2016	Jan. bis Mai 2016
Entwicklung der Produktion			
Industrie	2,1 %	1,4 %	2,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,0 %	-1,8 %	-0,9 %
Investitionsgüterproduzenten	1,5 %	3,3 %	1,2 %
Konsumgüterproduzenten	3,2 %	6,8 %	10,3 %
Chemie	1,0 %	-10,1 %	-6,5 %
Fahrzeugbau	-2,0 %	-6,8 %	-4,9 %
Maschinenbau	3,5 %	13,4 %	7,9 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	0,5 %	8,8 %	8,1 %
Inland	1,8 %	7,0 %	4,0 %
Ausland	-0,8 %	10,2 %	10,7 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,2 %	8,9 %	7,9 %
Investitionsgüterproduzenten	0 %	6,1 %	5,8 %
Konsumgüterproduzenten	-4,1 %	18,6 %	14,8 %
Chemie	1,4 %	12,2 %	9,8 %
Fahrzeugbau	1,7 %	7,3 %	5,7 %
Maschinenbau	0,7 %	8,8 %	9,2 %

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

drei Hauptgruppen verzeichneten Zuwächse; lediglich in der Vorleistungsgüterindustrie war der Güterausstoß niedriger als ein Jahr zuvor. Die Chemische Industrie und der Fahrzeugbau mussten deutliche Einbußen hinnehmen, während die Maschinenproduktion kräftig zulegte.

Auftragseingänge im Mai etwas höher als im Vormonat

Im Mai 2017 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie leicht gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis

vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 0,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Während sich das Ordervolumen aus dem Inland im Mai um 1,8 Prozent erhöhte, gingen die Bestellungen aus dem Ausland um 0,8 Prozent zurück. Unter den drei industriellen Hauptgruppen konnte die Vorleistungsgüterindustrie von einer Nachfragesteigerung profitieren (+1,2 Prozent). Die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller blieben gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Konsum-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



güterbereich sank das Ordervolumen hingegen um 4,1 Prozent.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes gingen im Mai mehr Aufträge ein als im April. In der Chemischen Industrie stiegen die Bestellungen um 1,4 Prozent. Im Fahrzeugbau erhöhte sich die Nachfrage um 1,7 Prozent. Im Maschinenbau lag das Ordervolumen um 0,7 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

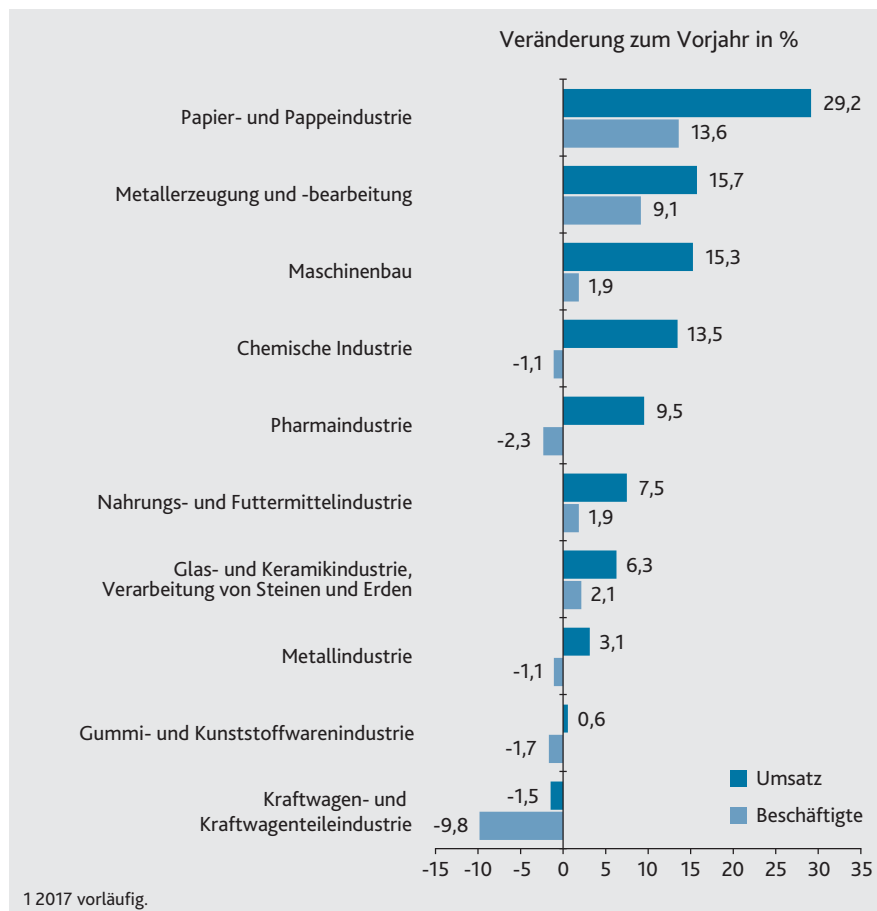
Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie kräftig gestiegen (+8,8 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um sieben Prozent; das Ordervolumen aus dem Ausland legte um zehn Prozent zu.

Industrieumsätze von Januar bis Mai über dem Vorjahresniveau

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind im Vorjahresvergleich kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis Mai 2017 Erlöse in Höhe von 39,2 Milliarden Euro; das waren 9,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +6,3 Prozent).

Die Umsätze im In- und im Ausland legten deutlich zu (+8,5 bzw. +9,8 Prozent); Deutschland: +5,5 bzw. +7,2 Prozent. Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten 56,7 Prozent ihrer Erlöse im Auslandsgeschäft (Deutschland: 50,2 Prozent). Die Exportquote lag leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,3 Prozentpunkte; Deutschland: +0,4 Prozentpunkte).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar bis Mai 2017¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



In den rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen waren von Januar bis Mai 2017 im Durchschnitt 253 000 Personen tätig. Die Zahl der Beschäftigten hat sich damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur leicht verändert (+0,1 Prozent; Deutschland: +1,1 Prozent). Es wurden 165,4 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was einen Anstieg um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +2,1 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 höher als ein Jahr zuvor. Die

größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+29 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung, im Maschinenbau sowie in der Chemischen Industrie gab es ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Erlösrückgänge mussten nur die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen hinnehmen (-1,5 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industriezweige sind teilweise auf geänderte Branchenzuordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teil-

bereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die größten Steigerungen gab es in der Papier- und Pappeindustrie sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+14 Prozent bzw. +9,1 Prozent). In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich zurück (–9,8 Prozent).

Weniger Aufträge, höhere Umsätze im Bauhauptgewerbe

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Mai 2017 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum April 2017 – kalender- und saisonbereinigt – um 8,5 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich dagegen leicht um 0,5 Prozent. Gegenüber den ersten fünf Monaten 2016 zog das Ordervolumen um 13 Prozent an, der Umsatz stieg um zwölf Prozent.

Im Vergleich zum April 2017 verringerte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau um drei Prozent. Im Tiefbau gingen die bereinigten Auftragseingänge sogar um 14 Prozent zurück. In allen Baubereichen fielen die Auftragseingänge niedriger aus als im Vormonat. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau (–22 Prozent)

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz			
Indikator	Mai 2017		Jan. bis Mai 2017
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	April 2017	Mai 2016	Jan. bis Mai 2016
Auftragseingang	-8,5 % ↓	-2,1 % ↓	13,1 % ↑
Hochbau insgesamt	-3,0 % ↓	11,0 % ↑	17,0 % ↑
Wohnungsbau	-3,1 % ↓	29,9 % ↑	21,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	-0,5 % ↘	25,3 % ↑	19,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	-6,5 % ↓	-32,9 % ↓	11,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	-13,9 % ↓	-13,5 % ↓	9,7 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-11,5 % ↓	-8,7 % ↓	33,0 % ↑
Straßenbau	-11,5 % ↓	-16,3 % ↓	7,3 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-22,4 % ↓	-14,1 % ↓	-9,0 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	0,5 % ↗	17,8 % ↑	11,8 % ↑
Hochbau insgesamt	-0,9 % ↘	11,0 % ↑	9,8 % ↑
Wohnungsbau	1,7 % ↗	24,5 % ↑	18,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	0,2 % ↗	9,2 % ↑	10,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	-9,2 % ↓	-8,4 % ↓	-5,4 % ↓
Tiefbau insgesamt	1,8 % ↗	25,0 % ↑	13,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	4,6 % ↑	19,8 % ↑	8,2 % ↑
Straßenbau	-2,2 % ↓	21,3 % ↑	14,6 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	6,6 % ↑	35,6 % ↑	17,6 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

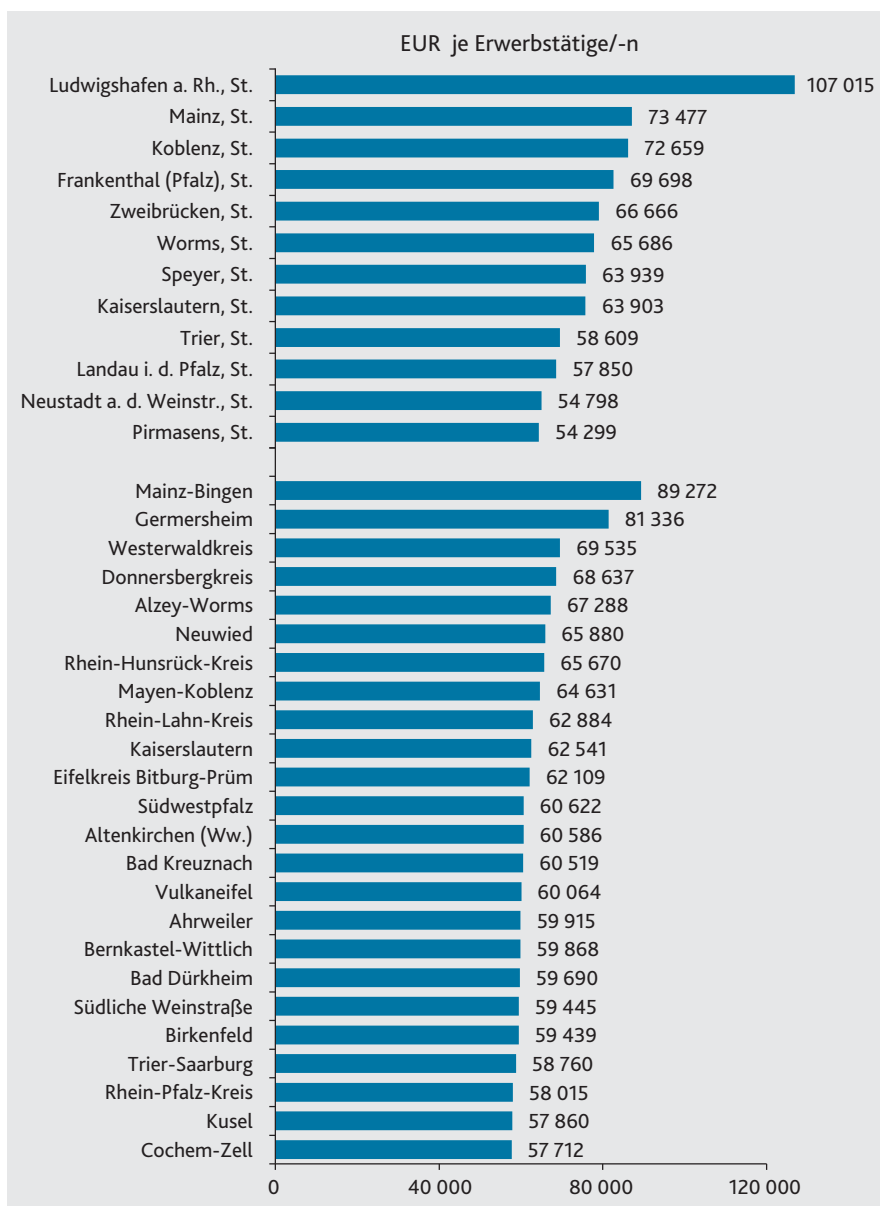
sowie im gewerblichen Tiefbau und im Straßenbau (jeweils –11,5 Prozent) sanken die bereinigten Auftragseingänge am stärksten. Die geringsten Auftragseinbußen errechnen sich dagegen für den gewerblichen Hochbau (–0,5 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2016 wurden sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftige Auftragszuwächse registriert (+17 bzw. +9,7 Prozent).

Im Vergleich zum April 2017 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Tiefbau um 1,8 Prozent. Für den Hochbau errechnet sich dagegen ein Rückgang um 0,9 Prozent. Am stärksten legten der sonstige öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Tiefbau zu (+6,6 bzw. +4,6 Prozent). Sinkende Umsätze ver-

zeichneten der öffentliche Hochbau sowie der Straßenbau (–9,2 bzw. –2,2 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2016 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+14 bzw. +9,8 Prozent).

Anstieg des Bruttoinlandsprodukt in fast allen Städten und Landkreisen

Fast alle rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke verzeichneten 2015 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen. Die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen nahm in den kreisfreien Städten mit +5 Prozent gegenüber dem Vorjahr geringfügig stärker zu als in den Landkreisen (+4,8 Prozent).

**Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2015
nach Verwaltungsbezirken**


Den höchsten Zuwachs der Wirtschaftsleistung verzeichneten der Landkreis Germersheim mit +11 Prozent und die kreisfreie Stadt Ludwigshafen mit +10 Prozent. Dagegen stagnierte das Bruttoinlandsprodukt im Landkreis Alzey-Worms und in der kreisfreien Stadt Frankenthal (unverändert bzw. +0,1 Prozent).

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen betrug 2015 nominal 135,4 Milliarden Euro. Davon wurden 60 Prozent in den Landkreisen und 40 Prozent in den kreisfreien Städten erbracht. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten fast

ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die drei wirtschaftsstärksten Landkreise – Westerwaldkreis, Mainz-Bingen und Mayen-Koblenz – entfielen rund 15 Prozent des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – ist 2015 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 3,9 Prozent auf 68 177 Euro gestiegen. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 73 188 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (65 147 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird allerdings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit 107 015 Euro 57 Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Unter den Landkreisen wies Mainz-Bingen mit 89 272 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 54 299 Euro und unter den Landkreisen in Cochem-Zell mit 57 712 Euro registriert.

Den höchsten Anteil an der Bruttowertschöpfung haben in den meisten Verwaltungsbezirken die Dienstleistungsbereiche. Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 64 Prozent und in den kreisfreien Städten 66 Prozent der Wertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Mainz, Koblenz und Neustadt an der Weinstraße lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt

Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von 69 bzw. 59 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil des sekundären Sektors bei gut 34 Prozent und der Anteil des tertiären Sektors bei knapp 65 Prozent.

Seit dem Jahr 2000 hat sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt. Mit +50 Prozent verlief die Entwicklung in den Landkreisen deutlich günstiger als in den kreisfreien Städten mit +36 Prozent. Am stärksten hat die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Germersheim (+101 Prozent), Mainz-Bingen (+77 Prozent) und dem Donnersbergkreis (+63 Prozent) sowie der kreisfreien Stadt Speyer (+59 Prozent) zugelegt. Dagegen nahm das Bruttoinlandsprodukt im Landkreis Kusel nur um 13 Prozent und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nur um 18 Prozent zu. Bei der längerfristigen Betrachtung von nominalen Veränderungsraten ist zu beachten, dass hier auch Preissteigerungen enthalten sind.

Knapp 218 000 Menschen arbeiten im öffentlichen Bereich

Im Jahr 2016 waren 217 700 Menschen im öffentlichen Bereich beschäftigt, im Vorjahresvergleich ein Zuwachs von 1,2 Prozent. Von den Beschäftigten entfielen 100 700 auf die Kommunen und 116 900 auf

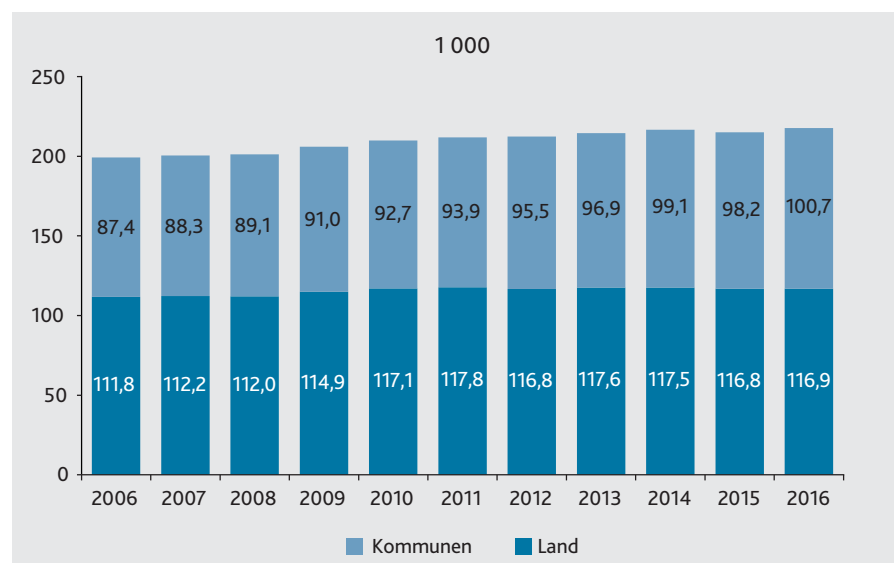
das Land. Die Zahl blieb beim Land nahezu unverändert (+0,1 Prozent), bei den Kommunen stieg sie um 2,6 Prozent. Ein Viertel des Jahreszuwachses bei den Kommunen entstand im Bereich der Kindertagesstätten (+620 Beschäftigte).

Im Land und in den Kommunen wurden verschiedene Arbeitszeitmodelle realisiert. Einer Vollzeitbeschäftigung gingen 65 Prozent der Beschäftigten nach (141 300 Personen bzw. +1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr), 56 300 Personen bzw. 26 Prozent arbeiteten in Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent (+2,4 Prozent). Weitere 6,8 Prozent hatten einen Teilzeitvertrag, der weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit entsprach (14 800 Teilzeitbeschäftigte; +3,4 Prozent). Zudem befanden sich 2,4 Prozent der Beschäftigten in einem Altersteilzeitmodell (5 200 Beschäftigte; –20 Prozent).

Bei der Altersteilzeit ist ein deutlicher Unterschied sichtbar: Beim Land waren 3,9 Prozent der Beschäftigten in Altersteilzeit, bei den Kommunen hingegen nur 0,7 Prozent. Die Bedeutung der Altersteilzeit ist insgesamt stark rückläufig. Im Landesbereich sank die Anzahl der Beschäftigten in Altersteilzeit im Jahr 2016 auf 4 500 (–17 Prozent), im Kommunalbereich sogar auf nur noch 700 Personen (–36 Prozent).

Gut 86 Prozent der Beschäftigten von Land und Kommunen befanden sich 2016 in einem auf Dauer angelegten Arbeitsverhältnis mit der öffentlichen Hand. Die Anzahl stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent auf 187 900 Personen. Bei 8,9 Prozent war die Arbeitsbeziehung zeitlich befristet (19 400 Beschäftigte; +2,7 Prozent), weitere 4,8 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einer Ausbildung (10 400 Beschäftigte; +1,5 Prozent). Die Unterschiede

Beschäftigte des öffentlichen Bereiches 2006–2016



zwischen den Landes- und den Kommunalbediensteten waren gering: Zeitverträge machten im Land neun Prozent und bei den Kommunen 8,8 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse aus. Knapp 86 Prozent der Landesbeschäftigten und gut 87 Prozent der Kommunalbeschäftigten hatten hingegen einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Ausbildungsquote lag beim Land bei 5,5 Prozent und bei den Kommunen bei 3,9 Prozent.

Das steuerpflichtige Bruttomonats-einkommen lag 2016 bei durchschnittlich 3 120 Euro. Im Vorjahresvergleich stieg es um 2,5 Prozent an. Spitzenverdiener sind im öffentlichen Bereich relativ selten: Lediglich ein Prozent der Beschäftigten verdiente monatlich mehr als 7 000 Euro.

Im Jahr 2016 waren im öffentlichen Bereich mehr Frauen beschäftigt als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Beschäftigten des Landes und der Kommunen stieg leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 58 Prozent. In der Detailbetrachtung werden jedoch deutliche Unterschiede im Beschäftigungsumfang sichtbar: So lag die Frauenquote bei den Vollzeitbeschäftigten bei rund 42 Prozent (+0,5 Prozentpunkte), bei den Teilzeitbeschäftigten waren hingegen rund 87 Prozent Frauen (-0,1 Prozentpunkte).

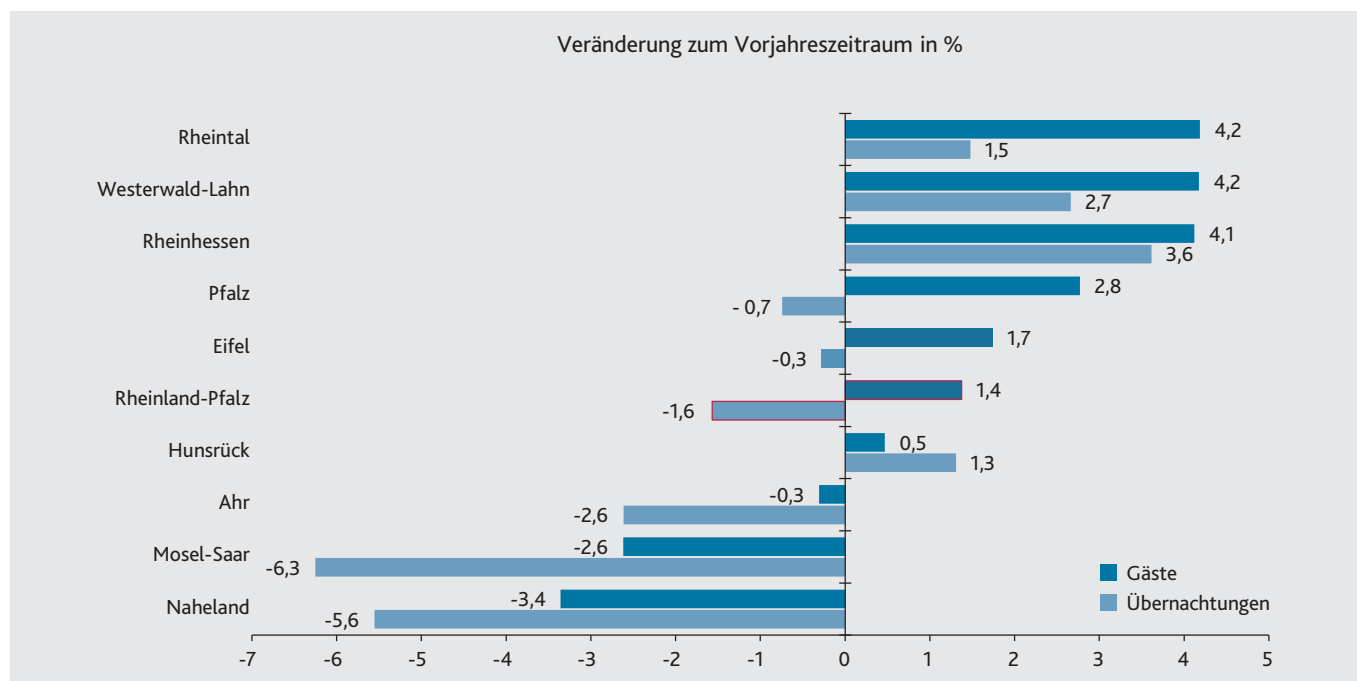
Betrachtet man lediglich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, d. h. ausschließlich die Beschäftigten in den klassischen Behörden und Verwaltungen sowie in Sonderrechnungen bzw. Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, so ergibt

sich folgendes Bild: Die Anzahl der Beschäftigten stieg hier um 0,9 Prozent auf 189 500 (2015: 187 800). Die Summe der Landesbediensteten blieb nahezu unverändert bei 115 500 (+0,2 Prozent), die der Kommunalbeschäftigten stieg auf 74 000 (+2,1 Prozent).

Mehr Gäste, weniger Übernachtungen

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis Mai 2017 einen Anstieg der Gästezahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es übernachteten 3,17 Millionen Gäste im Land, das waren 1,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Übernachtungen gingen um 1,6 Prozent auf 7,95 Millionen zurück. Bei der Interpretation der

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Mai 2017 nach Tourismusregionen



Zahlen ist zu berücksichtigen, dass Pfingsten und Fronleichnam 2017 in den Juni, im Vorjahr hingegen in den Mai fielen.

In vier der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei Rheinhessen und die Region Westerwald-Lahn mit Zuwächsen von 3,6 bzw. 2,7 Prozent die beiden vorderen Plätze belegten. In den übrigen Regionen waren die Übernachtungszahlen niedriger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Einen Anstieg der Gästezahlen gab es in sechs der neun Regionen, wobei die Regionen Westerwald-Lahn, das Rheintal sowie Rheinhessen die Spitzenpositionen belegten.

Unter den elf touristischen Betriebsarten verbuchten lediglich die Hotels garnis und die Hotels einen Übernachtungszuwachs (+6 bzw. +1,9 Prozent). Das Übernachtungsaufkommen der Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheime lag auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. In den anderen Betriebsarten sanken die Übernachtungszahlen. Die größten Rückgänge verzeichneten die Feriencentren sowie die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, deren Übernachtungsaufkommen um 7,3 bzw. 6,1 Prozent abnahm.

Von Januar bis Mai besuchten 2,56 Millionen Gäste aus dem Inland Rheinland-Pfalz (+1,3 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen verringerte sich um 1,8 Prozent und belief sich auf 6,35 Millionen. Aus dem Ausland kamen 610 600 Besuche-

rinnen und Besucher (+1,8 Prozent), die knapp 1,60 Millionen Übernachtungen buchten (–0,5 Prozent).

237 Adoptionen im Jahr 2016

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 237 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren adoptiert. Das waren 44 Adoptionen mehr als ein Jahr zuvor (+23 Prozent). Mädchen und Jungen waren gleichermaßen betroffen.

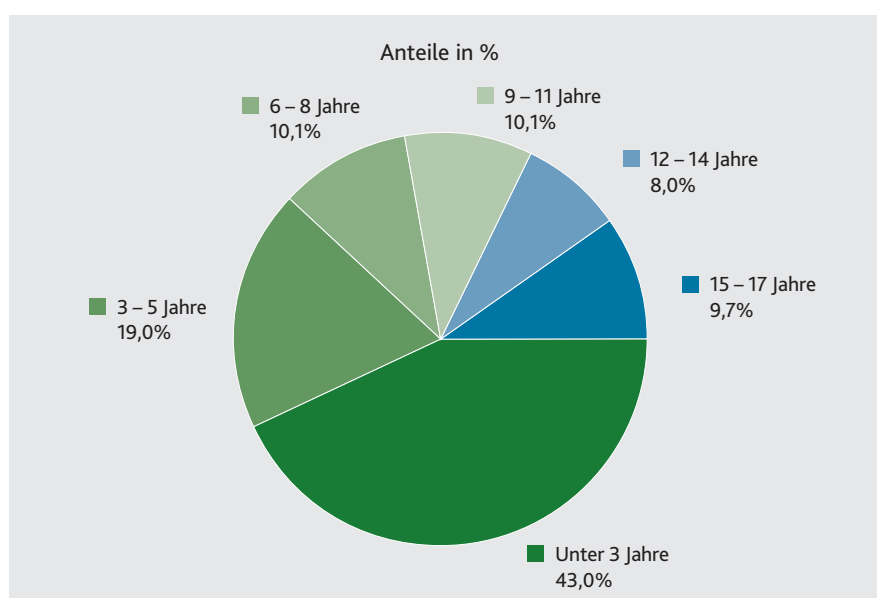
In 127 Fällen erfolgten die Adoptionen durch den Stiefvater, die Stiefmutter oder durch Verwandte und damit in einem für das Kind vertrauten Umfeld (54 Prozent). Familienfremde Paare oder Personen adoptierten 110 Mädchen und Jungen; 62 Prozent dieser Kinder hatten das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet.

Von allen im Jahr 2016 adoptierten Kindern und Jugendlichen waren

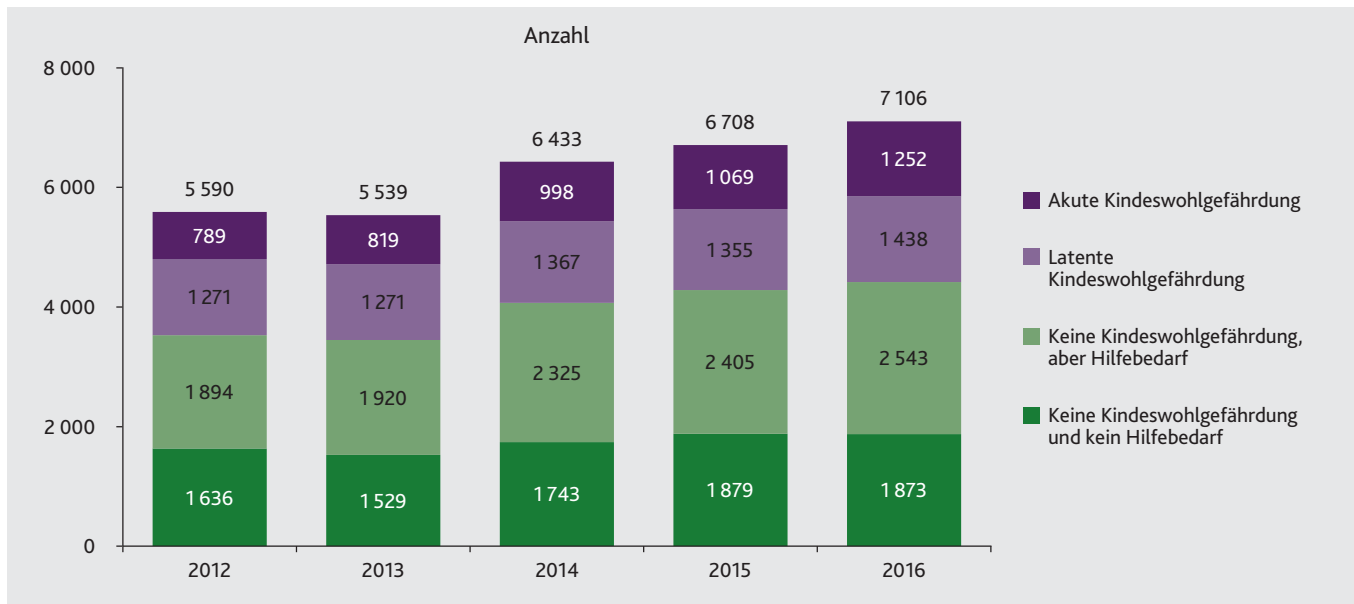
102 bzw. 43 Prozent jünger als drei Jahre, 22 von ihnen waren noch kein Jahr alt. Annähernd ein Drittel der adoptierten Minderjährigen hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (74 Personen bzw. 31 Prozent). Unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit wurden im vergangenen Jahr 61 Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit der Adoption nach Deutschland geholt (so genannte internationale Adoption).

Von den abgebenden Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteilen waren 140 ledig und 47 geschieden. Insgesamt 20 Kinder wurden von verheirateten bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft lebenden Eltern bzw. Sorgeberechtigten zur Adoption freigegeben. Bei zwei Adoptierten war der abgebende Elternteil verwitwet, drei Kinder waren Vollwaisen. In 25 Fällen war der Familienstand der abgebenden Person unbekannt.

Adoptierte Kinder und Jugendliche 2016 nach Altersgruppen



Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012–2016 nach dem Ergebnis des Verfahrens



43 Kinder und Jugendliche waren Ende 2016 bei den Adoptionsvermittlungsstellen zur Adoption vorgemerkt (ohne Auslandsvermittlungsstellen). Gleichzeitig lagen den Vermittlungsstellen insgesamt 387 Bewerbungen von Ehepaaren und Einzelpersonen vor, 162 davon bei Auslandsvermittlungsstellen.

Gefährdung des Kindeswohls: Fast 2 700 Fälle im vergangenen Jahr

Die rheinland-pfälzischen Jugendämter haben auf der Grundlage von Verdachtsmeldungen im Jahr 2016 insgesamt 7 106 Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung abgeschlossen, 398 bzw. 5,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast jedes vierte betroffene Kind hatte das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet (24 Prozent).

In 2 690 Fällen, also bei mehr als einem Drittel der Verdachtsmeldungen

(38 Prozent), wurde im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte tatsächlich eine akute oder latente Gefährdung des Kindeswohls erkannt. Dabei sind Mädchen und Jungen gleichermaßen betroffen. Eindeutig als Kindeswohlgefährdung (akute Kindeswohlgefährdung) beurteilten die Jugendämter 1 252 Verfahren (18 Prozent). Kann die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Kindeswohlgefährdung aber nicht ausgeschlossen werden, so liegt eine latente Gefährdung vor. Die Einschätzung der Fachkräfte führte in 1 438 Fällen (20 Prozent) zu einem solchen Ergebnis. Gegenüber 2015 erhöht sich damit die Zahl der Gefährdungen um elf Prozent; seit 2012 ist eine weitere Steigerung zu verzeichnen.

Keine Gefährdung des Kindeswohls lag bei 4 416 aller Verdachtsfälle vor (62 Prozent). Bei weit mehr als der

Hälfte dieser Verfahren (2 543 Fälle) wurde aber dennoch ein Hilfebedarf festgestellt, etwa in Form von Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Mütter und Väter. Kein weiterer Hilfebedarf bestand dagegen in 1 873 Verdachtsfällen.

In den meisten Fällen, bei denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, gab es Anzeichen für Vernachlässigung (46 Prozent). In 24 bzw. 27 Prozent der Ermittlungen wiesen die Kinder und Jugendlichen Anzeichen für körperliche bzw. psychische Misshandlungen auf. In 3,1 Prozent der Fälle wurden Anzeichen für sexuelle Gewalt festgestellt. Mehrfachnennungen waren möglich.

Auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft wurden 1 693 Verfahren in die Wege geleitet. Verdachtsmeldungen von Bekannten

oder Nachbarn der Kinder führten zu 934 Verfahren; dies sind 55 Hinweise weniger als im Vorjahr. In 641 Fällen führten anonyme Meldungen zu einem Verfahren.

Auf der Grundlage des Kinderschutzgesetzes sind die Jugendämter verpflichtet, eine Gefährdungseinschätzung vorzunehmen, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen vorliegen. Die Einschätzung des Gefährdungsrisikos erfolgt im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte. Eine Kindeswohlgefährdung liegt dann vor, wenn eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes bzw. Jugendlichen bereits eingetreten oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist.

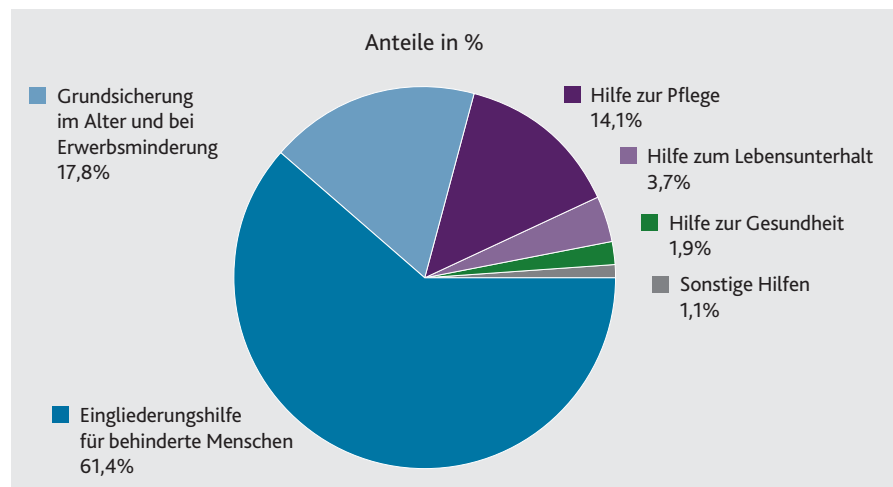
Ausgaben für Sozialhilfe stiegen 2016 um fast sechs Prozent

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz netto mehr als 1,4 Milliarden Euro für Sozialhilfe ausgegeben. Das waren 5,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Zu den Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) zählen unterschiedliche Leistungsarten, die neben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auch Hilfen zur Pflege, zum Lebensunterhalt, zur Gesundheit sowie sonstige Hilfen umfassen.

Die Ausgaben für diese Leistungen steigen seit Jahren kontinuierlich. Im

Nettoausgaben der Sozialhilfe 2016 nach Hilfearten



Jahr 2006 waren landesweit noch weniger als 900 Millionen Euro für die Sozialhilfe aufgewendet worden. Die Leistungen der Sozialhilfe beseitigen bzw. mildern die Folgen von Behinderungen, gesundheitlichen und altersbedingten Einschränkungen und decken den Bedarf an Ernährung, den hauswirtschaftlichen Bedarf sowie die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Mit 61 Prozent stellte die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen die größte Ausgabenposition dar. Es folgt die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit 18 Prozent der gesamten Nettoausgaben. Für die Hilfe zur Pflege wurden 14 Prozent und für die Hilfe zum Lebensunterhalt 3,7 Prozent aufgewendet. Etwa zwei Prozent der Ausgaben entfielen auf die Hilfe zur Gesundheit und rund ein Prozent auf sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Die einzelnen Hilfearten entwickelten sich unterschiedlich. Prozentual am

stärksten stiegen gegenüber dem Vorjahr die Aufwendungen für die Hilfen zur Gesundheit (+12 Prozent), gefolgt von der Hilfe zur Pflege (+8,8 Prozent). Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen stiegen um 6,4 Prozent und die Hilfe zum Lebensunterhalt um 3,1 Prozent. Wachsende Ausgaben waren aber auch für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+2,1 Prozent) sowie bei den sonstigen Hilfen (+0,3 Prozent) zu verzeichnen.

Die Sozialhilfeausgaben wurden bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und der Hilfe zur Pflege zu 86 bzw. 81 Prozent an Personen gewährt, die in einer Einrichtung lebten, während die Ausgaben für Leistungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu 79 Prozent auf Hilfeempfängerinnen und -empfänger entfallen, die sich außerhalb von einer Einrichtung befanden.

Regional gibt es große Unterschiede. Die rechnerisch höchsten Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner hatte im Jahr 2016 die Stadt Pirmasens mit 614 Euro, die niedrigsten der Rhein-Pfalz-Kreis mit 222 Euro. Die kreisfreien Städte waren mit durchschnittlich 443 Euro je Einwohnerin und Einwohner stärker belastet als die Landkreise (314 Euro).

Aufstiegs-BAföG: Höhere Förderbeträge

In Rheinland-Pfalz erhielten 2016 insgesamt 7 182 Personen, davon 1 893 Frauen, eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG). Das sind 446 Frauen und Männer bzw. 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 26,3 Millionen Euro im Rahmen des AFBG bewilligt, davon 9,8 Millionen als Zuschüsse.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Fördervolumen um rund 2,2 Millionen Euro bzw. 8,8 Prozent erhöht. Durchschnittlich erhielten die Geförderten mit insgesamt 3 719 Euro rund 53 Euro mehr als im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Förderbeträge und Zuschüsse im Rahmen des 25. BAföG-Änderungsgesetzes zurückzuführen.

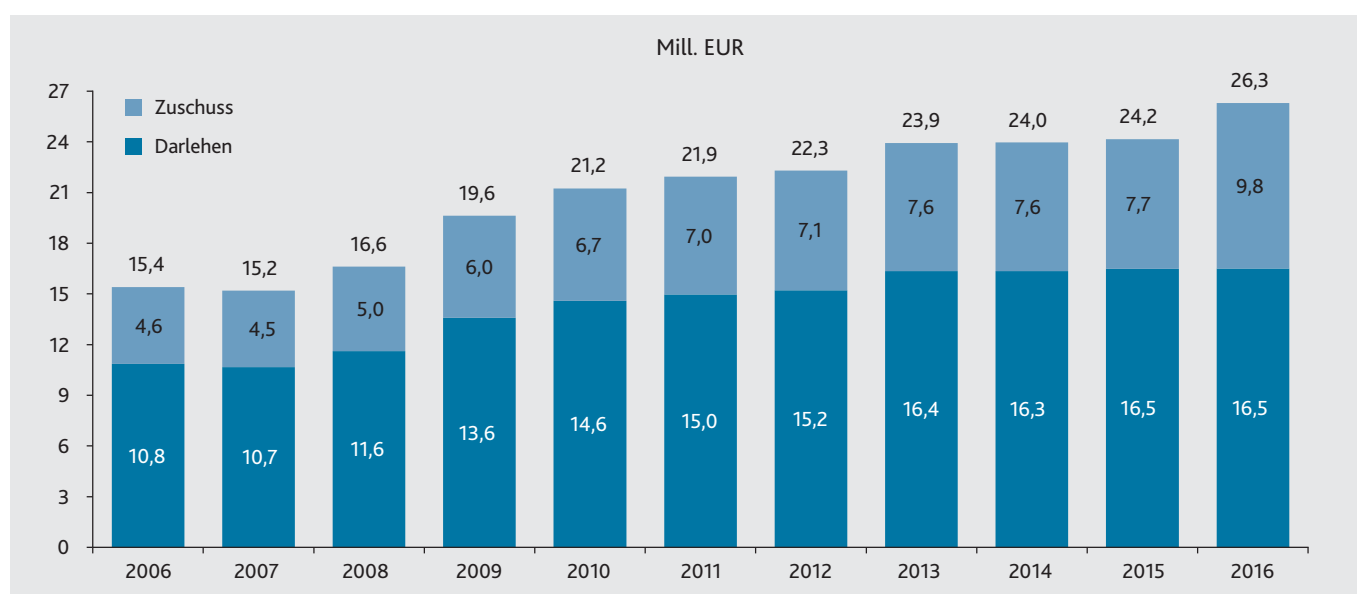
Die Aufstiegsfortbildungsförderung, (Aufstiegs-BAföG), finanziert eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung. Seit Mitte 2016 können zudem an einer beruflichen Fortbildungsmaßnahme interessierte Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiengangs Fördermittel beantragen. Damit soll der Ausbau der beruflichen Qualifizierung unterstützt und die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses gestärkt werden.

Einkommensunabhängig werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung mit bis zu 15 000 Euro sowie für das Meisterprüfungsprojekt mit bis zu 2 000 Euro gefördert. Die Förderung setzt sich dabei aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem ein Beitrag zum Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

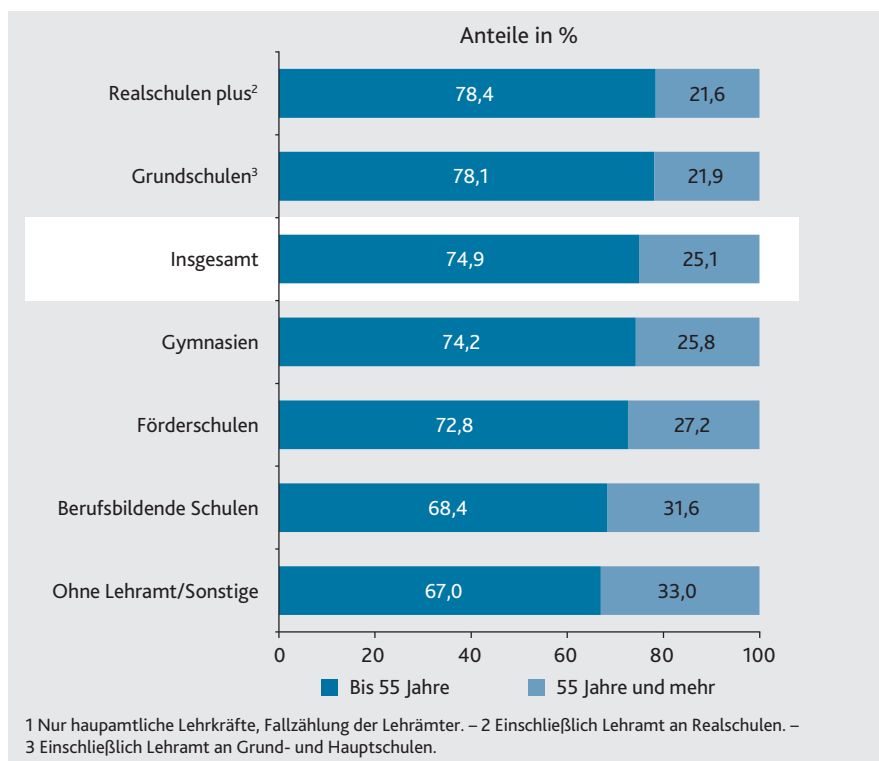
Viele Nachwuchstelehrkräfte an Gymnasien, wenige an Förder- und Berufsschulen

Im Schuljahr 2016/17 waren 10 200 hauptamtliche Lehrkräfte 55 Jahre oder älter. Somit erreichen 25 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in den nächsten zehn Jahren die Altersgrenze für den Ruhestand. Parallel dazu haben 2016 rund 1 300 junge

Bewilligte Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2006–2016 nach Förderungsart



Lehrkräfte 2016/17 nach Lehramt¹ und Altersgruppen



Erwachsene, davon 900 Frauen, die Zweite Staatsprüfung der Lehrerbildung erfolgreich abgeschlossen. Das waren fünf Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Ein überdurchschnittlicher Anteil an Lehrerinnen und Lehrern im Alter von 55 oder mehr Jahren lag bei Lehrkräften mit dem Lehramt für berufsbildende Schulen (32 Prozent) und Förderschulen (27 Prozent) vor. Entsprechend hoch wird wahrscheinlich in den nächsten zehn Jahren der Bedarf an nachkommenden Lehrkräften sein. Doch die meisten Lehramtsanwärterinnen und -anwärter nahmen an Studienseminaren für das gymnasiale Lehramt (36 Prozent) und das Grundschul- bzw. Grund- und

Hauptschullehramt (28 Prozent) teil. Der Anteil der Studienseminarteilnehmenden für das Lehramt an berufsbildenden Schulen (14 Prozent) und Förderschulen (sieben Prozent) war vergleichsweise niedrig.

Die Ausbildung für das Lehramt gliedert sich in zwei aufeinander aufbauende Phasen. Auf das akademische Studium folgt der Vorbereitungsdienst, der sowohl in Ausbildungsschulen als auch an staatlichen Studienseminaren absolviert wird. Der Vorbereitungsdienst verknüpft das pädagogische, fachdidaktische und fachliche Wissen mit der Berufs- und Unterrichtspraxis. Der Vorbereitungsdienst wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen, welche

die Befähigung für das jeweilige Lehramt prüft.

Der Lehrernachwuchs blieb auch zu Beginn des Jahres 2017 eine weibliche Domäne: Rund 69 Prozent der Teilnehmenden an den Studienseminaren waren Frauen. Besonders hoch war der Anteil der Absolventinnen der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen (89 Prozent) und an Förderschulen (84 Prozent).

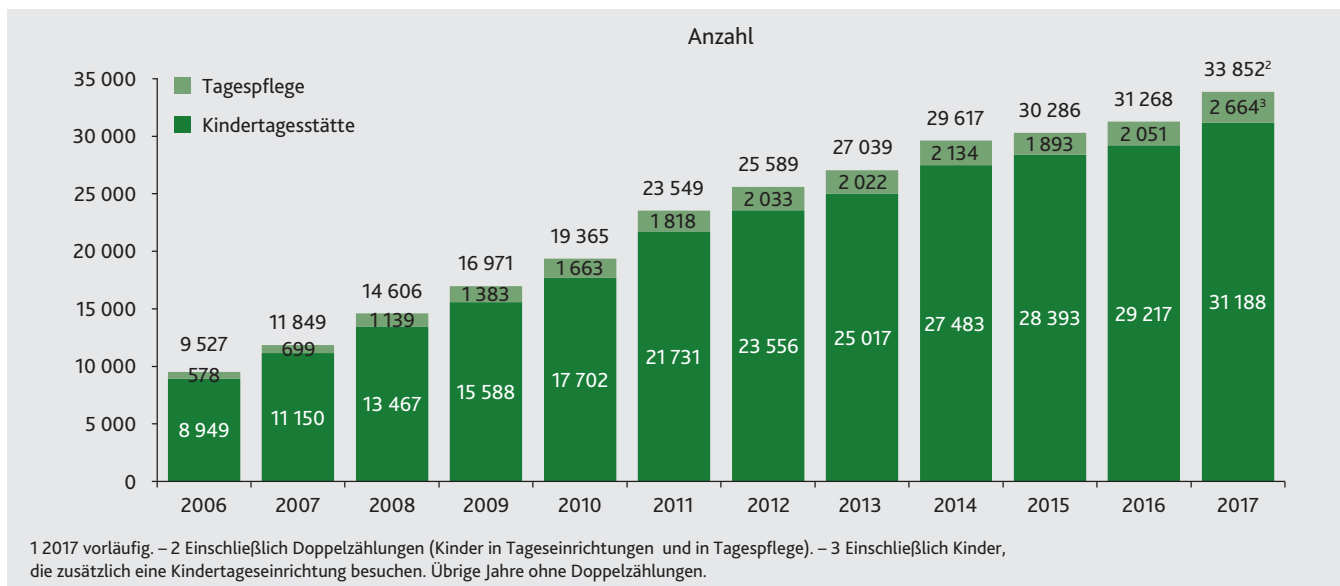
Zahl der unter 3-jährigen in Kindertagesbetreuung steigt weiter

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, ist im Jahr 2017 weiter gestiegen. Nach ersten vorläufigen Auswertungen besuchten zum Stichtag 1. März rund 33 900 Mädchen und Jungen im Alter von bis zu drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und -vätern betreut. Das waren rund acht Prozent mehr als im Jahr zuvor.

In dieser Altersgruppe sind es vor allem Zweijährige, die eine Tageseinrichtung besuchen oder im Rahmen der Kindertagespflege betreut werden. Im März 2017 traf dies landesweit auf etwa 25 600 Kinder zu. Von den Einjährigen wurden rund 7 700 und von den unter 1-jährigen fast 580 Kinder außerfamiliär betreut.

Die Mehrzahl der betreuten Kinder unter drei Jahren ist in einer Tageseinrichtung untergebracht. So besuchten im März dieses Jahres nahezu 31 200 Mädchen und Jungen eine

Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege 2006–2017¹



Kindertageseinrichtung. In öffentlich geförderter Kindertagespflege gab es rund 2 700 Betreuungsverhältnisse für Kinder unter drei Jahren.

In Rheinland-Pfalz standen im März 2017 für die Kinderbetreuung insgesamt 2 515 Einrichtungen und 1 519 Tagespflegepersonen zur Verfügung. Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Zahl der Kindertageseinrichtungen geringfügig an (+17 bzw. +0,7 Prozent), während die Zahl der Tagesmütter und -väter abnahm (–37 bzw. –2,4 Prozent).

In den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen hat sich die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren unterschiedlich stark verändert. Unter den kreisfreien Städten hatte Pirmasens die prozentual kräftigste Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu verbuchen (+25 Prozent). Demgegenüber nahm die Zahl der betreuten

unter 3-Jährigen in der kreisfreien Stadt Speyer um 6,5 Prozent ab. Bei den Landkreisen reichte die Spannweite von +22 Prozent im Landkreis Birkenfeld bis +0,2 Prozent im Landkreis Bad Kreuznach.

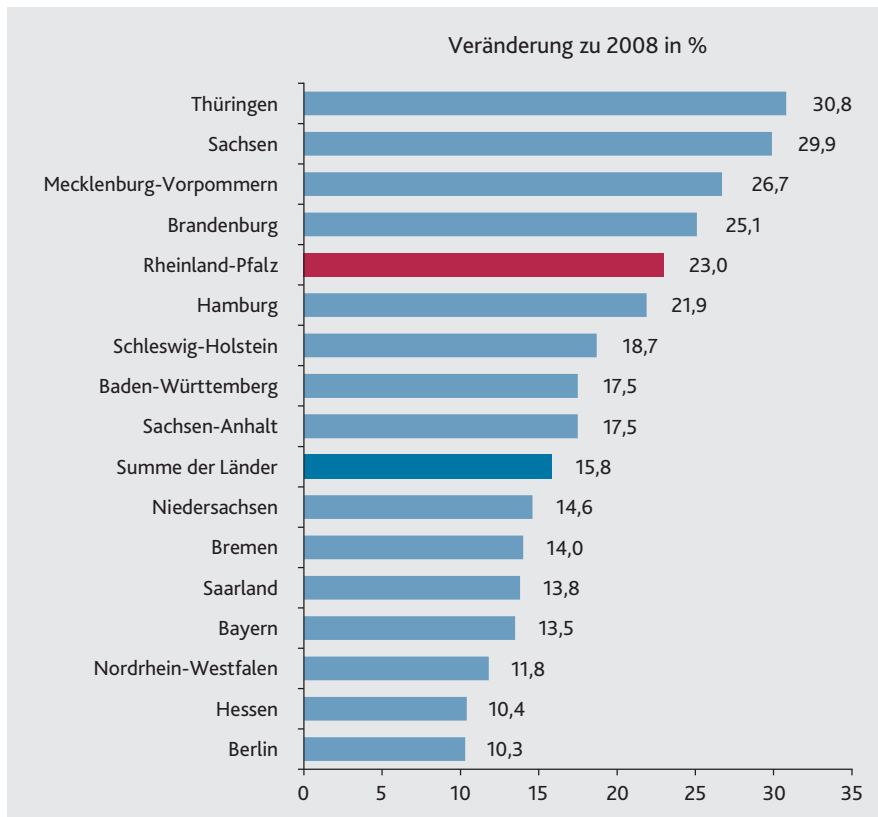
Die Betreuungsquoten zum Stichtag 1. März 2017 stehen noch nicht zur Verfügung, da die zur Berechnung benötigten Bevölkerungszahlen noch nicht vorliegen.

Überdurchschnittlich hohe Bedeutung der Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft erbringt einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz. Ihre Bruttowertschöpfung lag 2016 bei 14,2 Milliarden Euro. Das waren 11,3 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung, die im Land erstellt wird (Länderdurchschnitt: zehn Prozent).

Die Gesundheitswirtschaft wächst sehr dynamisch. Zwischen 2008 und 2016 ist ihre Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 23 Prozent gestiegen, während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum lediglich um zehn Prozent zunahm. Mit dieser Wachstumsdynamik lag Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder an fünfter Stelle. Zu dieser Entwicklung trug wesentlich der zentrale Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ bei, zu dem u. a. die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung in Arztpraxen und Krankenhäusern zählt. So belief sich der Anteil des Gesundheits- und Sozialwesens an der Wertschöpfung der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft im Jahr 2014 – aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor – auf 61 Prozent (Länderdurchschnitt: 68 Prozent).

Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft 2016 nach Bundesländern



Die Gesundheitswirtschaft hat eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz. Da Teile der Branche sehr personalintensiv sind, lag der Anteil dieses Querschnittsberichts an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 mit 14,5 Prozent über dem Wertschöpfungsanteil. Im Durchschnitt der Länder belief sich der Anteil der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen auf 13,5 Prozent. Von 2008 bis 2016 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Branche in Rheinland-Pfalz um 18 Prozent gestiegen (Erwerbstätigkeit insgesamt: +4,9 Prozent). Damit lag das Land im Vergleich der Bundesländer

gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen auf Rang fünf.

Festivals in Deutschland: Rock knapp vor Barock/Klassik

Der Juli ist die Festivalzeit schlechthin in Deutschland. Das ist ein Ergebnis einer neuen Erhebung unter den Veranstaltern von Festivals, deren Ergebnisse die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt vorlegten.

Gut ein Drittel aller Musikfestivals und -festspiele 2015 bot mindestens eine Veranstaltung im Juli an – mehr als in jedem anderen Monat. Dabei wurde ein breites Spektrum von Musikstilen auf die Bühnen gebracht. Den größten Anteil unter allen Veran-

staltungen hatten die Rock- sowie die Barock/Klassik-Festivals und -Festspiele (zwölf bzw. 11,7 Prozent). Etwas weniger häufig war Jazz der dominierende Musikstil (acht Prozent).

Neben der hauptsächlichen Musikrichtung wurden bei den Musikfestivals und -festspielen meist auch weitere Stile gespielt. So waren Kombinationen aus Rock- und Popmusik (36 Prozent aller Veranstaltungen mit mindestens zwei Musikrichtungen), Rock und Punk (25 Prozent) sowie Jazz und Weltmusik (21 Prozent) besonders beliebt. Durchschnittlich konnten die Fans bei einer Veranstaltung vier verschiedene Genres hören.

Der Besuch eines Musikfestivals kostete 2015 im Durchschnitt 24,22 Euro. Dabei reichte der durchschnittliche Eintrittspreis von 16,13 Euro bei den Bluesfestivals bis zu 53,30 Euro für Veranstaltungen, die vorrangig Opern oder Operetten darboten. Insgesamt verzeichneten die Musikfestivals und -festspiele 2015 etwa 32 Millionen Besucherinnen und Besucher.

Diese und weitere Ergebnisse wurden nun erstmals in einer Erhebung unter den Veranstaltern der bedeutendsten Musikfestivals und -festspiele in Deutschland im Jahr 2015 gewonnen. Die Erhebung wurde vom Hessischen Statistischen Landesamt im Rahmen des Projektes „Aufbau einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik“ im Auftrag der Kultusministerkonferenz sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien durchgeführt.

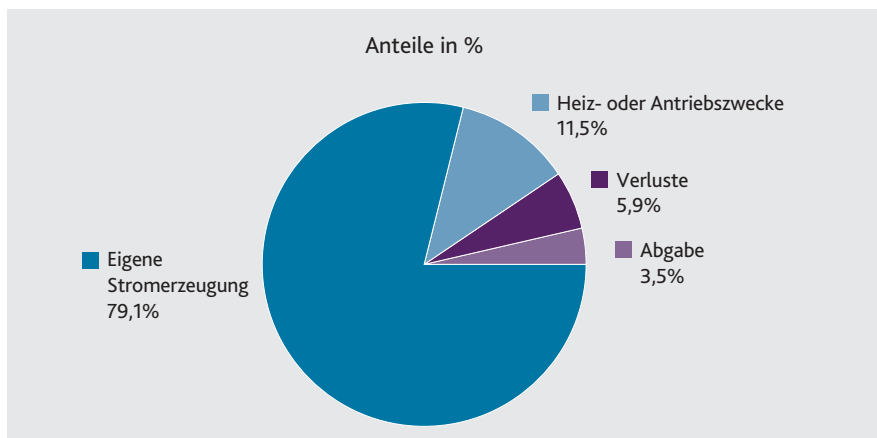
Stromerzeugung in Kläranlagen erreicht Spitzenwert

Die Stromerzeugung in den rheinland-pfälzischen Kläranlagen belief sich 2016 auf 54 Millionen Kilowattstunden. Dies entspricht einem Plus von 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit erreichte die Verstromung von Klärgas erneut einen Höchststand.

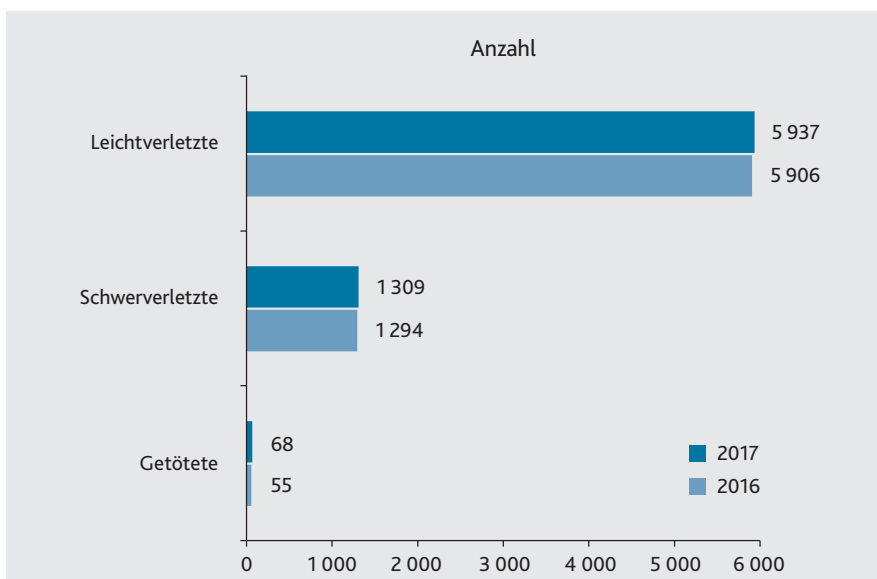
In Rheinland-Pfalz gibt es etwa 880 öffentliche und industrielle Kläranlagen, darunter 92 Anlagen mit Klärgasgewinnung. Vor allem die größeren Abwasserreinigungsanlagen haben die baulichen Voraussetzungen dafür, das bei der sogenannten Ausfäulung von Klärschlamm entstehende Klärgas energetisch zu nutzen. Insgesamt wurden im Jahr 2016 rund 38 Millionen Kubikmeter Klärgas gewonnen. Der überwiegende Teil (79 Prozent) wurde zur Stromerzeugung eingesetzt, elf Prozent wurden zur Erzeugung von Wärme oder zu Antriebszwecken verwendet.

Gemessen am gesamten aus erneuerbaren Energieträgern erzeugten Strom im Land spielt Klärgas mit durchschnittlich 0,7 Prozent eine untergeordnete Rolle. Der in den Kläranlagen erzeugte Strom wurde 2016 nahezu vollständig (97 Prozent) selbst verbraucht. Dennoch reicht der derzeit produzierte Eigenstrom bei weitem nicht aus, um den Strombedarf für die Reinigung der Abwässer in den Kläranlagen zu decken. Allein für die öffentlichen Kläranlagen in Rheinland-Pfalz ist ein Strombedarf anzusetzen, der etwa vier Mal so hoch sein dürfte wie die aus Klärgas erzeugte Strommenge.

Klärgas 2016 nach Verwendungszweck



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2016 und 2017



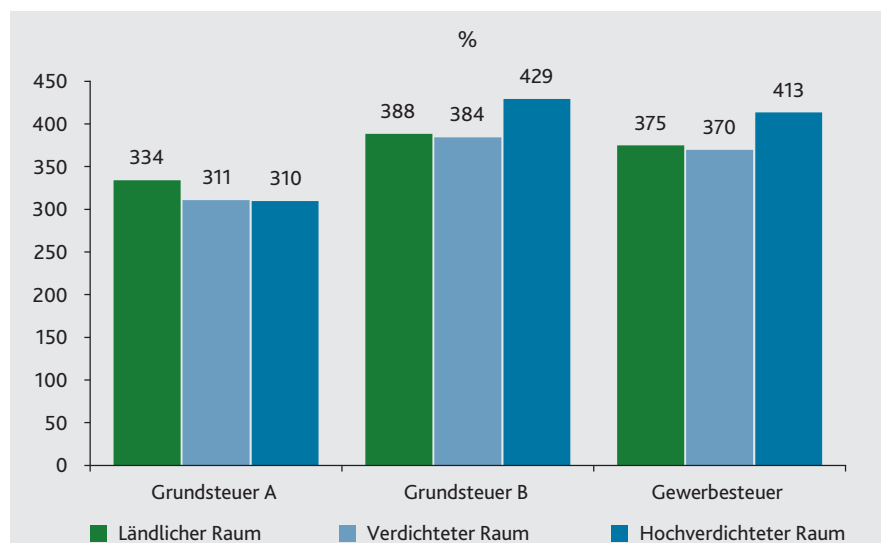
Im Mai sterben 18 Menschen bei Verkehrsunfällen

Im Mai 2017 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 18 Menschen ihr Leben. Dies waren drei Todesopfer mehr als im Vorjahresmonat.

Im gesamten bisherigen Jahresverlauf sind mehr Verkehrstote zu beklagen als im Vergleichszeitraum des Vorjah-

res. Von Januar bis Mai 2017 verloren 68 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das waren 13 (24 Prozent) mehr als in den ersten fünf Monaten 2016. Die Zahl der Schwerverletzten stieg leicht um etwas mehr als ein Prozent auf 1 309, die der Leichtverletzten um 0,5 Prozent auf 5 937. Die Polizei registrierte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 insgesamt 58 670 Stra-

Hebesätze der Realsteuern 2017 nach Raumstrukturtypen



ßenverkehrsunfälle, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Darunter waren 53 027 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 2016 war dies ein Anstieg um 4,3 Prozent.

Knapp zwölf Prozent der Kommunen erhöhen 2017 die Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern stiegen nach den vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2017 im Durchschnitt aller Kommunen leicht an. Anhand von aktuellen Vorabmeldungen der Gemeinden errechnen die Statistiker für 2017 einen durchschnittlichen Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 386 Prozent. Im Vorjahresvergleich bedeutet das einen Anstieg von einem Prozentpunkt. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A erhöht sich voraussichtlich um zwei Prozentpunkte auf 320 Prozent; der für die Grundsteuer B steigt um vier Prozentpunkte auf 400 Prozent.

Die Grundsteuer A fällt für land- und forstwirtschaftliche Flächen an, die Grundsteuer B für bebaute bzw. bebaubare Grundstücke und mit der Gewerbesteuer wird der Gewerbeertrag von Gewerbebetrieben versteuert.

Die Hebesätze verändern sich in den 2 305 Städten und Gemeinden nicht einheitlich. Am häufigsten werden aktuell die Hebesätze der Grundsteuer B angehoben. Im Vorjahresvergleich erhöhen hier zehn Prozent der Kommunen den Hebesatz. Bei der Gewerbesteuer heben sieben Prozent, bei der Grundsteuer A knapp acht Prozent der Kommunen die Sätze an. Eine Senkung gab es dagegen sehr selten: Lediglich acht Gemeinden (0,3 Prozent) verringern 2017 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer veranschlagen die kreisfreien Städte im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisange-

hörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten unverändert bei 418 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen bei 368 Prozent (+1 Prozentpunkt). Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt bei den kreisfreien Städten 444 Prozent (+6 Prozentpunkte), bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen 381 Prozent (+3 Prozentpunkte).

Die rheinland-pfälzische Landesplanung ordnet die Kommunen verschiedenen Raumstrukturtypen zu. Hierbei wird zwischen ländlichen, verdichteten sowie hoch verdichteten Siedlungsräumen unterschieden.

Eine Auswertung der Hebesätze nach Raumstrukturtypen zeigt ein heterogenes Ergebnis: Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen im Durchschnitt die höchsten Hebesätze bei der Grundsteuer B (429 Prozent) und der Gewerbesteuer (413 Prozent) auf. Der größte durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A wurden hingegen für den ländlichen Siedlungsraum registriert (334 Prozent).

Bei der Grundsteuer B liegen die Hebesätze im ländlichen Raum mit 388 Prozent deutlich unter denen der hoch verdichteten Siedlungsräume. Im Jahr 2017 haben jedoch relativ viele Kommunen des ländlichen Raums ihren Hebesatz erhöht: Während lediglich sieben Prozent der Kommunen des hoch verdichteten Raumes eine Hebesatzänderung der Grundsteuer B durchführen, trifft dies auf gut elf Prozent im ländli-

chen Raum zu. Die durchschnittliche Hebesatzänderung fällt im ländlichen Raum mit vier Prozentpunkten jedoch spürbar niedriger aus als im hoch verdichteten Raum (+6 Prozentpunkte).

Die Statistiker beobachteten zwischen den Kommunen teilweise extreme Unterschiede. So reichen die Hebesätze bei den Grundsteuern A und B von 0 Prozent bis zu 900 Prozent; bei der Gewerbesteuer von 320 bis 900 Prozent.

Bundesweite Vergleichswerte für 2017 und 2016 liegen noch nicht vor. Mit den moderaten Erhöhungen im Jahr 2017 liegen die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz noch immer niedriger als im Bundesdurchschnitt des Jahres 2015.

Schulden des Landes sinken, Schulden der Kommunen steigen weiter

Die Schuldenlast des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Kommunen betrug Ende des Jahres 2016 zusammen 45,4 Milliarden Euro. Damit sanken die Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozent (–200 Millionen Euro). Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung fiel von 11 330 auf 11 190 Euro.

Land und Kommunen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer aktuellen Entwicklung: Die Schulden des Landes reduzierten sich im Verlauf des Vorjahres um 0,9 Prozent auf 32,7 Milliarden Euro. Damit beobachteten die Statistiker für das Land den

deutlichsten Schuldenrückgang seit mehr als 50 Jahren.

In den rheinland-pfälzischen Kommunen stieg die Schuldenlast 2016 hingegen um 0,9 Prozent auf 12,7 Milliarden Euro. Der prozentuale Anstieg der Schulden erreichte damit den gleichen Wert wie im Jahr 2015. Obwohl sich die Schulden der Kommunen somit auch in den letzten zwei Jahren jeweils um rund 110 Millionen Euro erhöht haben, verdeutlichen die Zahlen im längerfristigen Vergleich dennoch eine Besonderheit: Sie dokumentieren das geringste Schuldenwachstum seit dem Jahr 1998. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 fiel der Anstieg der Schulden noch deutlich höher aus. Damals wuchsen die Schulden der Kommunen innerhalb eines Jahres um 610 Millionen Euro bzw. 5,1 Prozent.

Eine detaillierte Analyse der aktuellen Schuldenlage 2016 offenbart unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der kommunalen Gebietskörperschaften: Die Schulden der kreisfreien Städte erhöhten sich um lediglich 0,1 Prozent auf rund 6,1 Milliarden Euro. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung lag bei 5 750 Euro.

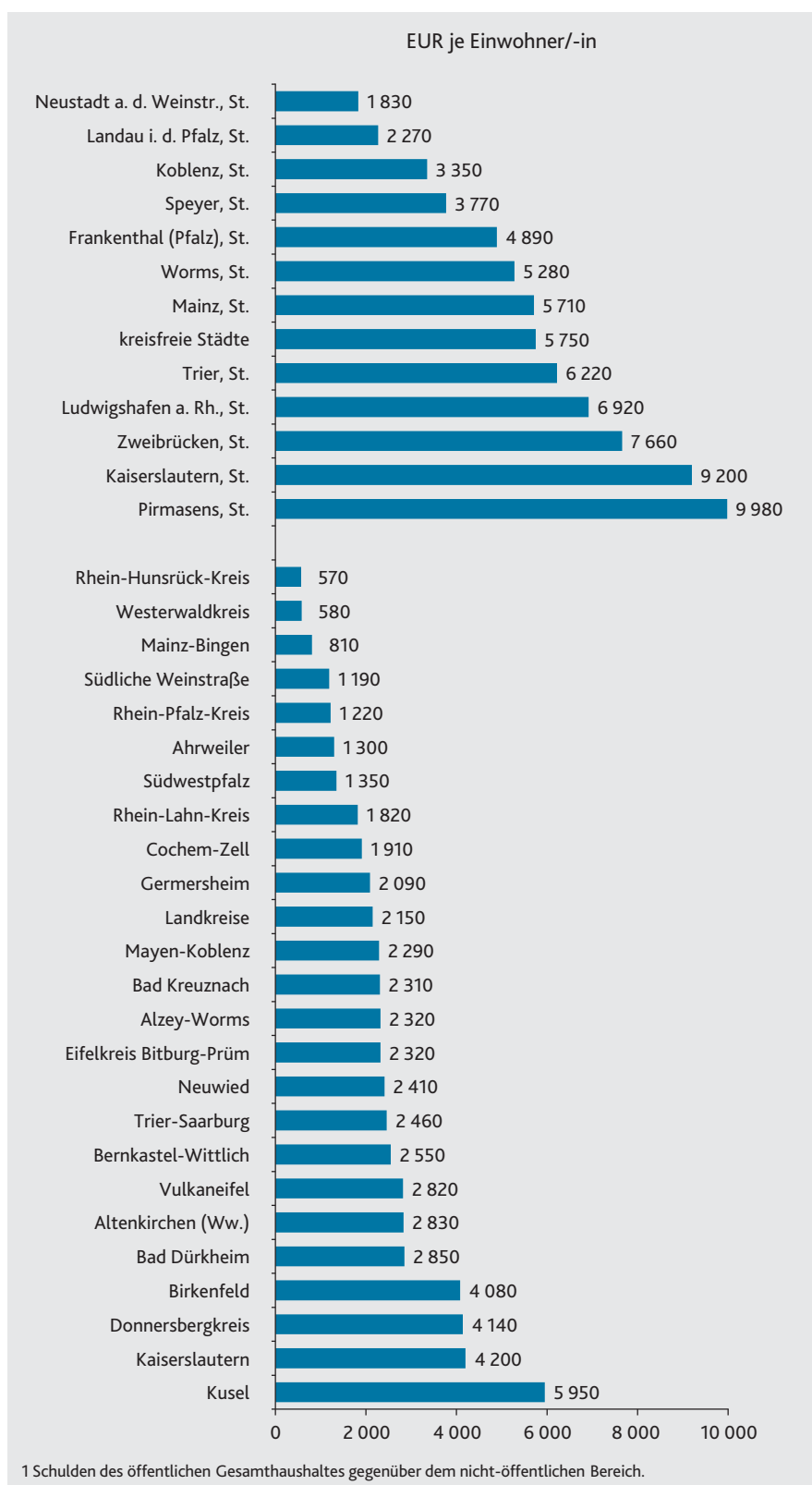
Anders stellt sich die Situation in den Landkreisbereichen (Kreise einschließlich der zugehörigen Verbands- und Ortsgemeinden) dar. Hier stieg die Schuldenlast deutlich um 1,7 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro bzw. auf durchschnittlich 2 150 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Innerhalb der kreisfreien Städte und der Landkreisbereiche waren teilweise große Unterschiede zu beobachten. Bei den kreisfreien Städten wurden für Neustadt an der Weinstraße (1 830 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) die niedrigsten, für Pirmasens (9 980 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) hingegen die höchsten Schuldenquoten gemessen. Innerhalb der Landkreisbereiche konnten der Rhein-Hunsrück-Kreis sowie der Westerwaldkreis die niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldungen für sich reklamieren (570 bzw. 580 Euro). Am anderen Ende der Skala stand deutlich abgeschlagen der Landkreisbereich Kusel. Hier fiel die Verschuldung rund zehnmal höher aus (5 950 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Werden nur die Landkreishaushalte betrachtet, ergibt sich für 2016 eine Schuldenbelastung von insgesamt 2,5 Milliarden Euro (+0,3 Prozent). Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfallen hierdurch rund 840 Euro. Die niedrigsten Werte stellten die Statistiker für Mainz-Bingen fest. Der Kreishaushalt war komplett schuldenfrei. Die höchsten Werte wurden für Kusel ermittelt. Die Schuldenlast des Kreises beläuft sich hier inzwischen auf 2 550 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Prinzipiell können sich das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden.

Liquiditätskredite, die als ein Instrument zur Überbrückung von vorü-

Schulden¹ 2016 nach Verwaltungsbezirken

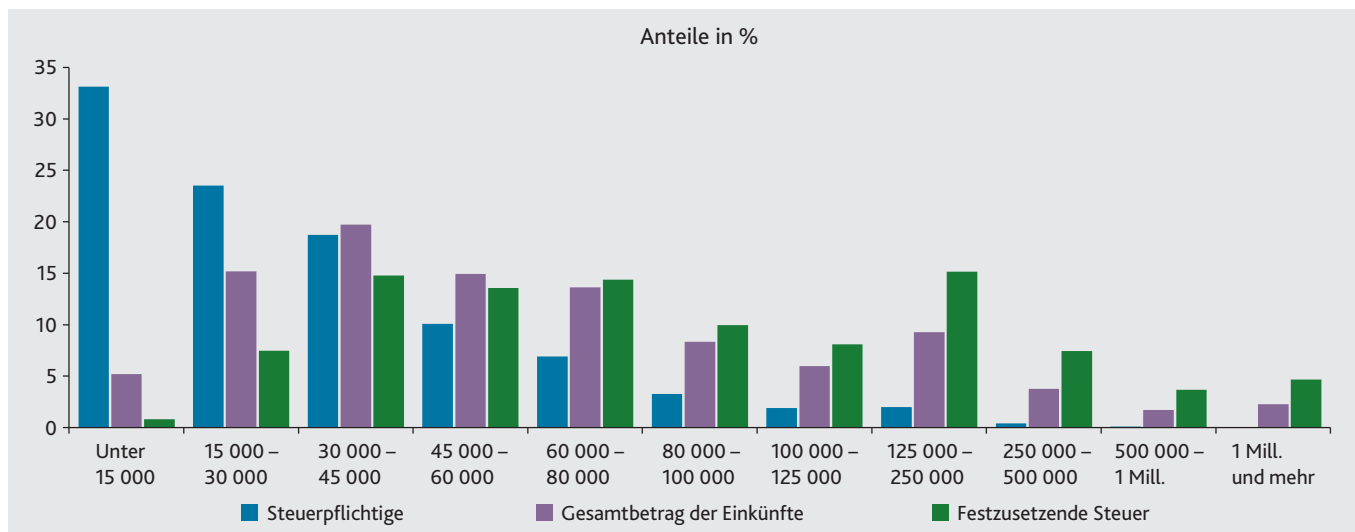
bergehenden Kassenanspannungen dienen, machen bei den Kommunen inzwischen einen hohen Anteil an der Gesamtverschuldung aus. Die kreisfreien Städte hatten 54 Prozent ihrer Gesamtverschuldung in Form von kurzfristigen Liquiditätskrediten aufgenommen (2015: 56 Prozent). Im Landkreisbereich betrug der Anteil der Liquiditätskredite 41 Prozent (2015: 40 Prozent).

Das Land wies indessen zum 31. Dezember 2016 gar keine Liquiditätskredite mehr auf (2015: zwei Prozent der Gesamtverschuldung). Als Verschuldungsinstrument nutzt das Land überwiegend Wertpapierschulden.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sowohl die Schuldenlast des Landes als auch die der kommunalen Gebietskörperschaften deutlich gestiegen ist. Gegenüber dem Jahr 2000 wuchs die Pro-Kopf-Verschuldung für Land und Kommunen zusammen um 78 Prozent. Die Schuldenquote erhöhte sich in diesem Zeitraum für das Land um 64 Prozent und für die Kommunen um 126 Prozent.

Im aktuellen Bundesvergleich weist Rheinland-Pfalz 2016 überdurchschnittlich hohe Schulden auf. Bezogen auf die Landesebene liegt der Wert hier um 19 Prozent, bezogen auf die Kommunen sogar um 54 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. In der Gesamtschau ergibt sich somit eine Verschuldung für das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen, die rund 27 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt.

Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festzusetzende Steuer 2013 nach Größenklassen



Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte steigt um neun Prozent

Die knapp zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2013 einen durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von 34 912 Euro. Das entspricht einem Plus von neun Prozent bzw. 2 881 Euro gegenüber dem Jahr 2010. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 5 834 Euro und legte damit um rund 14 Prozent zu.

Die Einkünfte sind ungleich verteilt. Knapp 650 000 und damit ein Drittel der Steuerpflichtigen erzielten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von weniger als 15 000 Euro. Zusammen gerechnet machten die Einkünfte dieser Gruppe lediglich rund fünf Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte aller Steuerpflichtigen aus. Die auf diesen Personenkreis entfallende Steuer

betrug sogar weniger als ein Prozent der landesweit festgesetzten Lohn- und Einkommensteuer. Demgegenüber trugen die 601 Einkommensmillionäre (Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr) 2,3 Prozent zum Gesamtbetrag der Einkünfte und 4,7 Prozent zur festgesetzten Steuer bei.

Unterschiede offenbaren sich zudem bei der Betrachtung der überwiegenden Einkunftsart. Der Großteil der Steuerpflichtigen (85 Prozent) hatte überwiegend Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Gruppe bei durchschnittlich rund 33 000 Euro. Der höchste durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte, wurde hingegen mit 103 000 Euro von Steuerpflichtigen erzielt, deren Einkünfte überwiegend aus selbstständiger Arbeit resultierten. Besonders markante Veränderungsra-

ten gegenüber dem Jahr 2010 sind bei den gut 12 000 Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft zu beobachten: Die Anzahl der Steuerpflichtigen ging um rund ein Drittel zurück, während der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte um 79 Prozent wuchs.

Die höchsten durchschnittlichen Gesamtbeträge der Einkünfte wurden im Jahr 2013 in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war der Landkreis Mainz-Bingen mit über 42 800 Euro, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim mit rund 40 000 Euro. Schlusslichter bildeten die kreisfreie Stadt Pirmasens und der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 27 800 bzw. 30 000 Euro. Insgesamt lag der Durchschnitt in den Landkreisen um rund fünf Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Aus der amtlichen Statistik

Infrastrukturinfos ergänzen Regionaldatenangebot

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat sein Regionaldatenangebot um Informationen zur Infrastruktur erweitert. Damit wird ein Überblick gegeben über die Ausstattung der Kommunen mit Einrichtungen des täglichen Bedarfs, von der Kita über die Schule bis zu Einkaufsmöglichkeiten und ärztlicher Versorgung.

Die Infrastrukturinfos ergänzen das Regionaldatenangebot „Meine Heimat“, das statistische Daten zu zahlreichen Themen für alle Städte und Gemeinden enthält. Das neue Angebot greift unter anderem auf Zahlen aus den Bildungs- und den Gesundheitsstatistiken zurück. Herzstück ist das Unternehmensregistersystem (URS), in dem alle Betriebe und Unternehmen geführt werden, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben und einen Mindestumsatz von 17 500 Euro erzielen. Dieses Register, das früher ausschließlich der Steuerung von Erhebungen diente, kann inzwischen auch für statistische Auswertungen genutzt werden. Im Infrastrukturangebot ermöglicht es die Darstellung der Anzahl der Betriebe beispielsweise in der Gastronomie und im Lebensmitteleinzelhandel. Da die

Zuordnung zu einer Branche sich nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt richtet, kann es sein, dass in Einzelfällen die dargestellten Zahlen nicht den aktuellen bzw. den Kenntnisstand vor Ort abbilden. Wenn etwa eine Fleischerei ihren Schwerpunkt im Catering hat, dann wird sie im Unternehmensregister unter Gastronomie geführt und nicht unter Einzelhandel mit Lebensmitteln. Ebenso ist es möglich, dass eine Gaststätte dem Beherbergungsgewerbe zugeordnet ist. Ferner kann es vorkommen, dass ein Betrieb am Wohnsitz des Inhabers geführt wird, der in einem anderen Ort lebt.

Da ein Ort auch danach bewertet wird, wie das Angebot im Umland ist, enthält das neue Portal zusätzlich Informationen zum Grund- bzw. Mittelzentrum in der jeweiligen Verbandsgemeinde. Ergänzt wird das Angebot um Links zu Portalen, etwa zum Bürger- und Unternehmensservice Rheinland-Pfalz und zum Sozialportal, das unter anderem Informationen zur Pflegeinfrastruktur enthält. Die Informationen zum Infrastrukturangebot finden Sie unter: www.statistik.rlp.de/de/regional/meine-heimat/

Meine Heimat

Hier finden Sie ausgewählte statistische Daten zu Ihrer Heimat. Mittels übersichtlicher Tabellen und grafischer Schaubilder können Sie sich über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten in Ihrer Gemeinde oder Ihrer Stadt, in Ihrem Kreis oder Ihrer Verbandsgemeinde informieren. Die Informationen werden direkt aus unserer Datenbank zusammengestellt. Damit ist einerseits sichergestellt, dass Sie die jeweils aktuellsten Daten erhalten, andererseits kann es je nach Auswahl einen kurzen Augenblick dauern, bis das Ergebnis erscheint. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn zu Ihrer Auswahl längere Zeitreihen gebildet werden müssen, wie beispielsweise zur Darstellung der Bevölkerungsentwicklung.

KREISEBENE
Mein Kreis, meine kreisfreie Stadt

Informationen direkt aus der Datenbank für alle 24 Landkreise und 12 kreisfreien Städte

VERBANDSGEMEINDEEBENE
Meine Verbandsgemeinde

Informationen direkt aus der Datenbank für alle Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden

GEMEINDEEBENE
Mein Dorf, meine Stadt

Informationen direkt aus der Datenbank für alle Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz

GEMEINDEEBENE
Infrastruktur

Wie sieht es mit der Infrastruktur in den Kommunen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz aus? Wo ist die nächste Schule, wo sind die nächsten Einkaufsmöglichkeiten und vieles mehr...

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juli 2017

Die Teuerungsrate blieb mit +1,5 Prozent im Juli 2017 unverändert. Die Energiepreise waren um 1,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Mineralölprodukte verteuerten sich um 3,5 Prozent. Die Strompreise stiegen leicht um 0,4 Prozent.

Kräftige Preiserhöhungen waren bei den Nahrungsmitteln zu verzeichnen (+3,3 Prozent). Dazu trugen aufgrund ihrer hohen Verbrauchsbedeutung insbesondere die Molkereiprodukte und Eier bei (+14 Prozent). Gemüse wurde hingegen deutlich billiger (-7,6 Prozent). Die Obstpreise lagen ebenfalls unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-1 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich im Juli auf +1,4 Prozent.

Durch die kräftige Steigerung der Nahrungsmittelpreise wies die Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ unter den zwölf Hauptgruppen die höchste Teuerungsrate auf (+3 Prozent). Es folgten alkoholische Getränke und Tabakwaren (+2,8 Prozent) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+2,5 Prozent).

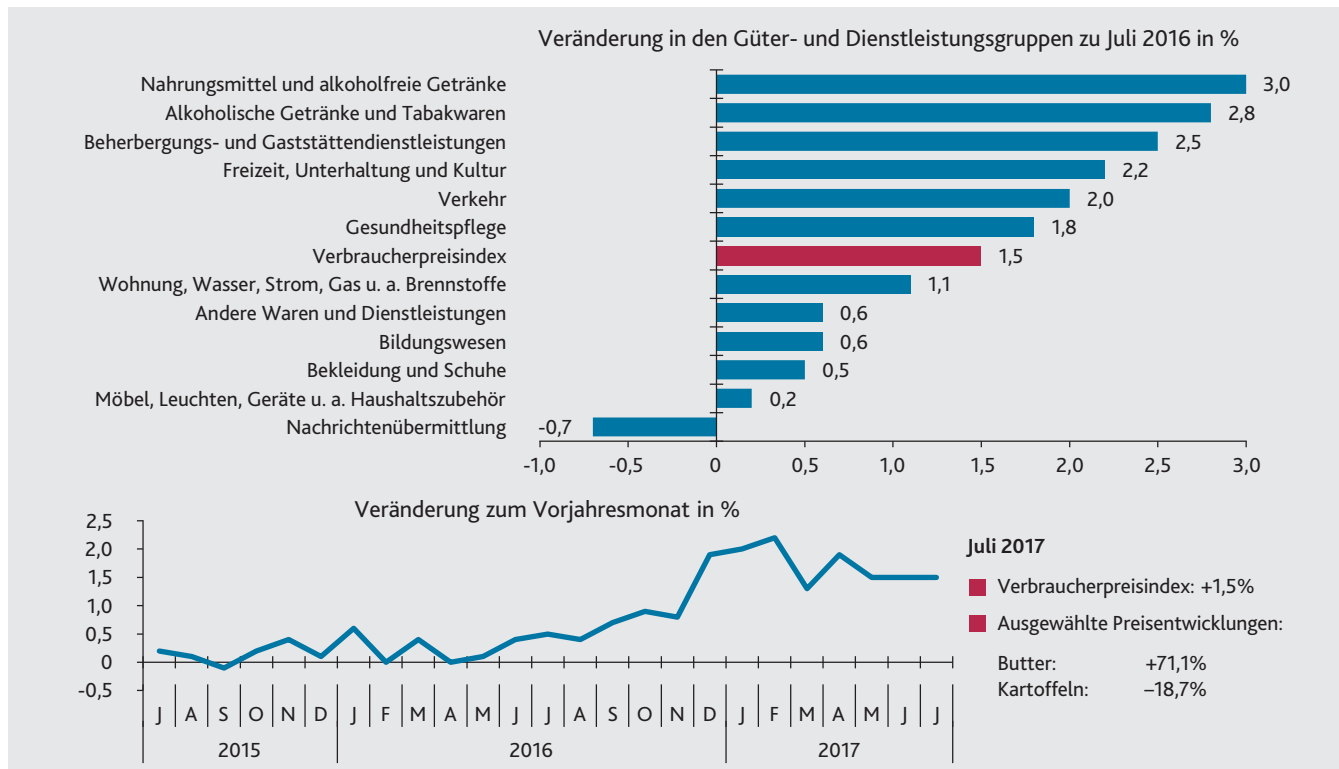
Der Verbraucherpreisindex lag im Juli 2017 um 0,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Vor allem Waren und Dienstleistungen der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ verteuerten sich (+3,6 Prozent; darunter Pauschalreisen +15 Prozent). Auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke legten zu (+0,5 Prozent). Deutliche Preissenkungen waren bei Bekleidung und Schuhen zu verzeichnen (-3 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2017

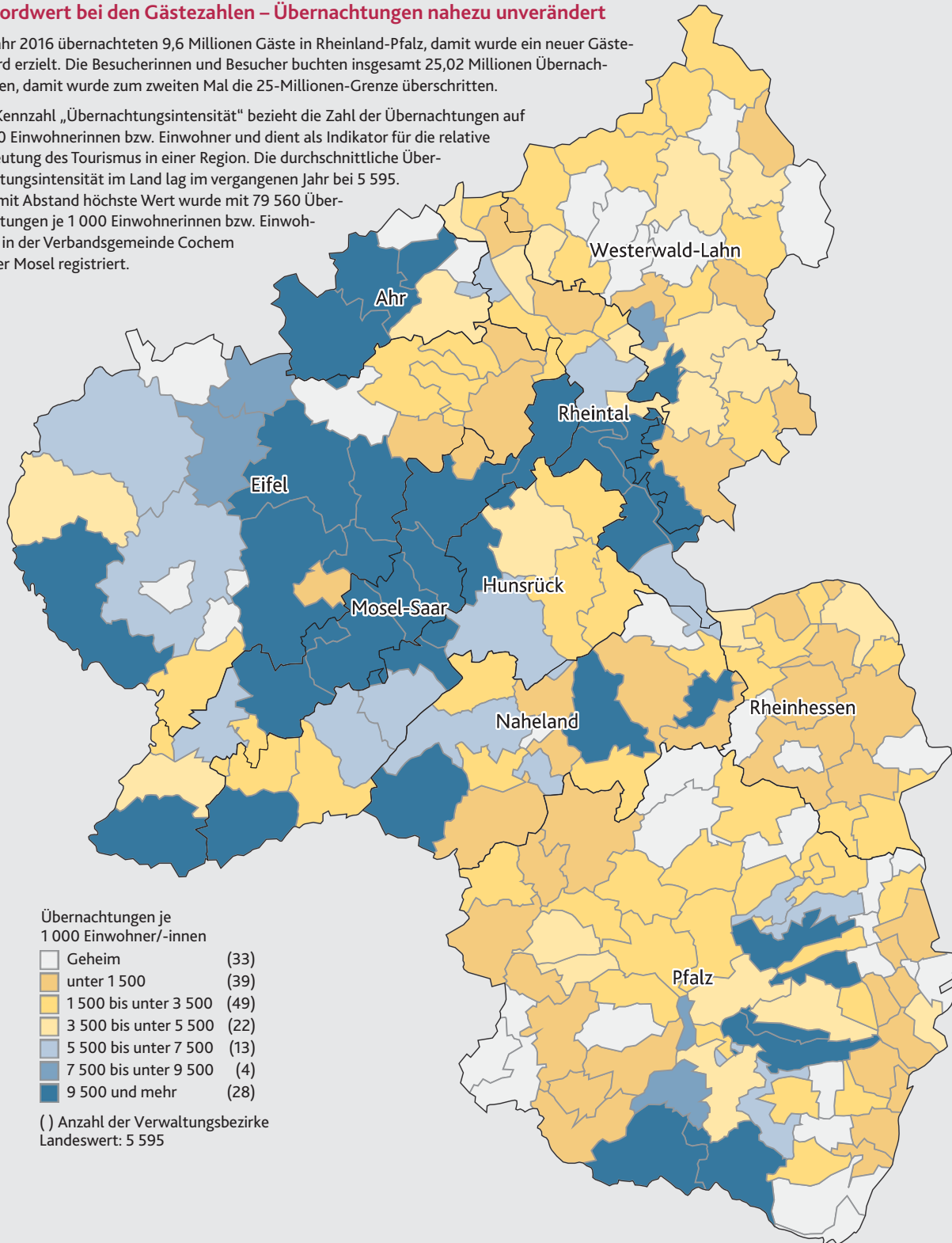


Übernachtungsintensität 2016 nach Verwaltungsbezirken

Rekordwert bei den Gästezahlen – Übernachtungen nahezu unverändert

Im Jahr 2016 übernachteten 9,6 Millionen Gäste in Rheinland-Pfalz, damit wurde ein neuer Gäste-rekord erzielt. Die Besucherinnen und Besucher buchten insgesamt 25,02 Millionen Übernachtungen, damit wurde zum zweiten Mal die 25-Millionen-Grenze überschritten.

Die Kennzahl „Übernachtungsintensität“ bezieht die Zahl der Übernachtungen auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner und dient als Indikator für die relative Bedeutung des Tourismus in einer Region. Die durchschnittliche Übernachtungsintensität im Land lag im vergangenen Jahr bei 5 595. Der mit Abstand höchste Wert wurde mit 79 560 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern in der Verbandsgemeinde Cochem an der Mosel registriert.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016

Baugewerbe



Von Dr. Martin Jacobs

In der Statistischen Analyse N° 41 „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016“ wird die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr detailliert dargestellt. Der folgende Beitrag befasst sich mit dem Themenbereich „Baugewerbe“.

Zum Baugewerbe zählt das Bauhauptgewerbe mit den Bereichen Hoch- und Tiefbau sowie das Ausbaugewerbe. Im Jahr 2016 trug dieser Wirtschaftsbereich fünf Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei und beschäftigte mit rund 121 800 Arbeitskräften 6,1 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Damit lag der Anteil des Baugewerbes in Rheinland-Pfalz sowohl bei der Bruttowertschöpfung als auch bei der Beschäftigung über dem Bundesdurchschnitt (4,8 bzw. 5,6 Prozent).

Bauhauptgewerbe: Steigerung im Wohnungsbau führt zu Rekordumsatz

Starkes Wachstum im Wohnungsbau, öffentlicher Hochbau weiter rückläufig

Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe, die im Rahmen der Konjunkturerhebung im Bauhauptgewerbe befragt wurden, stieg im Berichtsjahr um 3,8 Prozent auf 3,1 Milliarden Euro (Deutschland: +7,5 Prozent) und übertraf damit den bisherigen Rekordwert von 2014. Die positive Gesamtentwicklung ist in erster Linie auf den Wohnungsbau zurückzuführen. In diesem Bereich erhöhte sich der Umsatz um 15 Prozent auf fast 540 Millionen Euro. Die übrigen Teilbereiche des Hochbaus entwickelten sich deutlich zurückhaltender oder waren sogar rückläufig. Im gewerblichen Hochbau stiegen die Erlöse um 1,5 Prozent; im öffentlichen Hochbau war nach Umsatzrückgängen in den beiden Vorjahren auch 2016 eine Verlingerung zu verzeichnen (–3,3 Prozent).

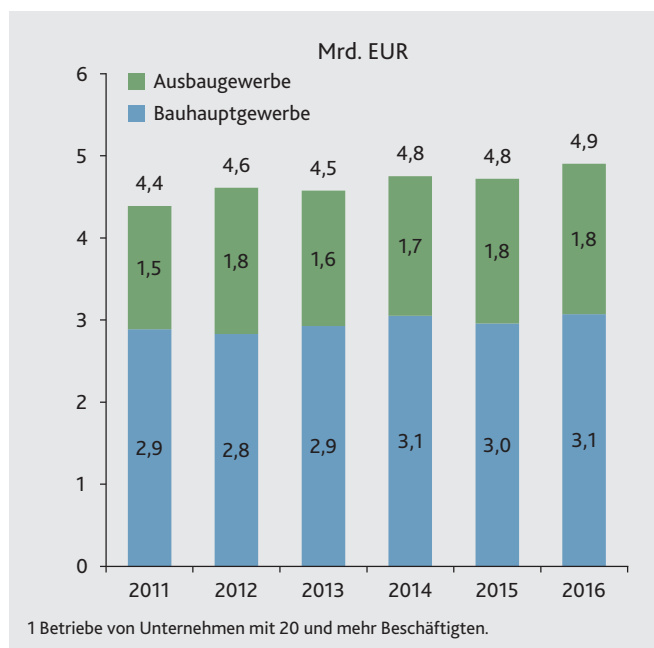
Für den Hochbau insgesamt ergab sich ein Plus von fünf Prozent, womit das Rekordergebnis des Jahres 2014 allerdings verfehlt wurde. Der Umsatz im Tiefbau wuchs um 2,7 Prozent und befindet sich damit auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 2000. Hierfür war der Straßenbau mit einer Steigerung um 6,9 Prozent maßgeblich. Der sonstige öffentliche Tiefbau trug mit einem Plus von 4,2 Prozent ebenfalls zum Erlöswachstum bei. Im gewerblichen Tiefbau reduzierte sich hingegen der Umsatz nach einem überdurchschnittlichen Vorjahresergebnis um 6,9 Prozent.

Hochbau insgesamt mit deutlich höherem Umsatz, aber unter dem Wert von 2014

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 waren im Bauhauptgewerbe Umsatzsteigerungen von jeweils mehr als drei Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu beobachten. Im vierten Quartal verlangsamte sich das Wachstum auf 1,3 Prozent. Die

Umsatzsteigerung zum Vorjahr in allen Quartalen

G 1

Umsatz im Baugewerbe¹ 2011–2016

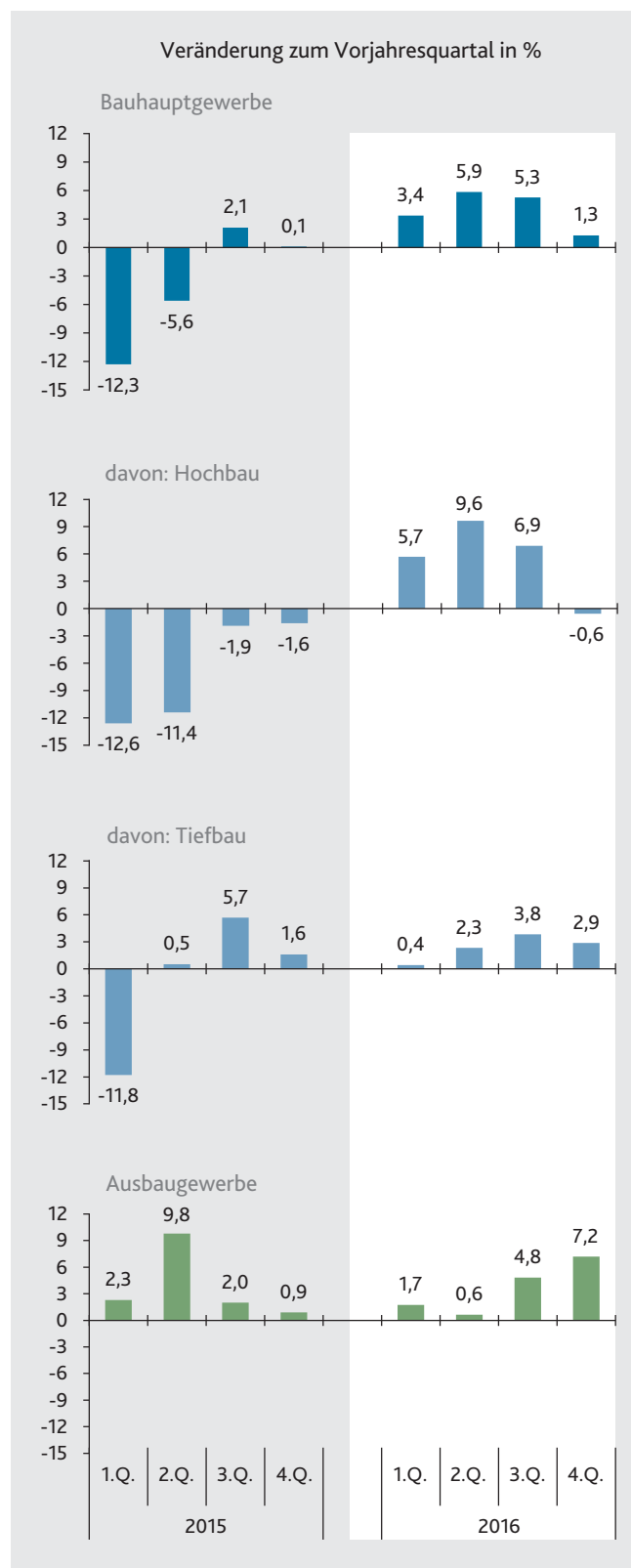
Überdurchschnittliches Wachstum im Wohnungsbau

sehr positive Entwicklung im Wohnungsbau, die bereits in der zweiten Jahreshälfte 2015 begonnen hatte, setzte sich in den ersten drei Quartalen 2016 mit deutlich zweistelligen Wachstumsraten zunächst verstärkt fort. Im vierten Quartal betrug das Umsatzwachstum noch 8,8 Prozent. Auch der Umsatz im Straßenbau bewegte sich in allen Quartalen durchgängig über dem Vorjahresniveau. Überwiegend negativ verlief die Entwicklung dagegen im öffentlichen Hochbau und im gewerblichen Tiefbau. Hier waren jeweils mit Ausnahme des zweiten Quartals Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Der Umsatz im sonstigen öffentlichen Tiefbau blieb in den ersten beiden Quartalen unter Vorjahresniveau, bevor er in der zweiten Jahreshälfte anzog und Wachstumsbeiträge lieferte.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bewegten sich vom vierten Quartal 2015 bis zum dritten Quartal 2016 mit Wachstums-

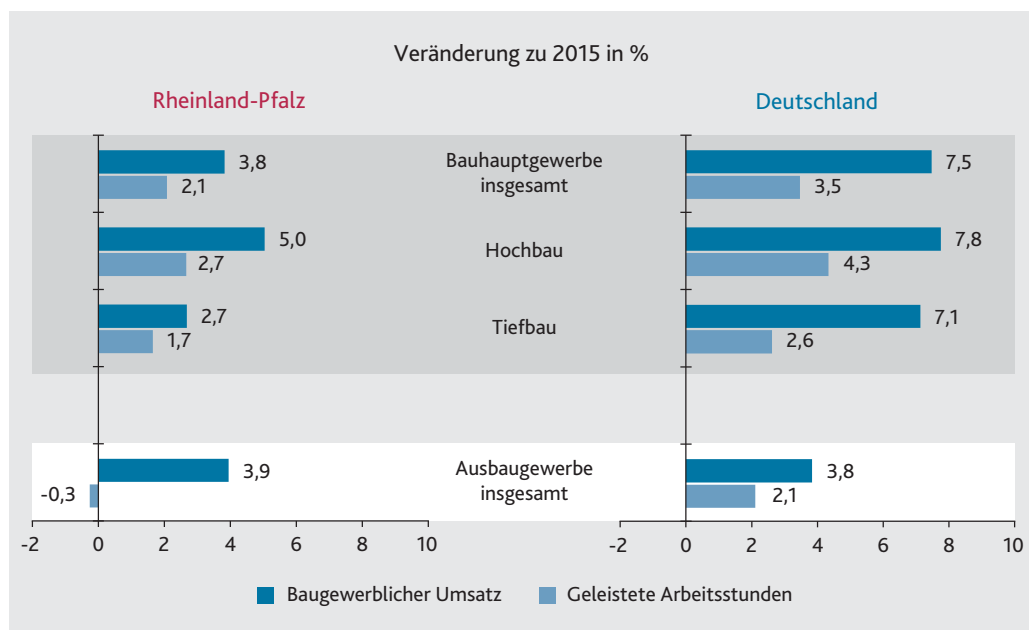
G 2

Umsatz im Baugewerbe 2015 und 2016 nach Quartalen



G 3

Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Baugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016



raten zwischen 14 und 24 Prozent deutlich über den Vorjahreswerten. Im vierten Quartal 2016 konnte sich wegen des einsetzenden Basiseffektes diese Dynamik nicht fortsetzen; das Volumen der Auftragseingänge blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Für das Gesamtjahr 2016 ergab sich ein Plus von gut 15 Prozent. Die allgemeinen Aussichten für das Bauhauptgewerbe sind vor allem aufgrund der anhaltenden Nachfrage im Wohnungsbau weiterhin günstig.

Beschäftigung im Bauhauptgewerbe steigt

Mit dem Umsatz erhöhte sich auch die Zahl der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe (+2,5 Prozent; Deutschland: +2,7 Prozent). Die baugewerblich tätigen Personen leisteten 2,1 Prozent mehr Arbeitsstunden als im Vorjahr (Deutschland: +3,5 Prozent); ihre Auslastung, d. h. die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten, sank um 0,4 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Die Produktivität – gemessen

als Umsatz je geleistete Arbeitsstunde – steigerte sich in Rheinland-Pfalz um 1,7 Prozent auf 132 Euro, während sie deutschlandweit um 3,9 Prozent auf 139 Euro stieg.

Die Entgelte im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe, die die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten umfassen, erhöhten sich um 3,9 Prozent (Deutschland: +5,1 Prozent). Da die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden weniger stark zunahm als die Entgelte, wuchs das Entgelt je geleistete Arbeitsstunde (+1,8 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent).

Entgelt je Arbeitsstunde steigt

Umsatz im Ausbaugewerbe übertrifft Rekord von 2012

Der ausbaugewerbliche Umsatz der Betriebe, die in der Konjunkturerhebung für das Ausbaugewerbe erfasst wurden, stieg um 3,9 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro (Deutschland: +3,8 Prozent) und befindet sich damit in Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland insgesamt auf einem Höchst-

Umsatz im Ausbaugewerbe auf Höchststand

stand. Während der Umsatz auf Bundesebene seit zehn Jahren kontinuierlich zunimmt, konnte in Rheinland-Pfalz erst mit dem Wachstum im vergangenen Jahr das bisherige Rekordergebnis von 2012 übertroffen werden. Die Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe ver-

lief über alle vier Quartale hinweg positiv. In allen Quartalen wurden höhere Erlöse als im Vorjahreszeitraum erzielt, wobei die Wachstumsraten in der zweiten Jahreshälfte deutlich anzogen.

Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe

Für eine zeitnahe und differenzierte Betrachtung des Baugewerbes muss auf die Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe zurückgegriffen werden. Diese Statistiken erfassen Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten und decken knapp 40 Prozent des Produktionswertes des gesamten Baugewerbes ab, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt wird.

Die in der monatlichen Konjunkturstatistik für das **Bauhauptgewerbe** berücksichtigten Betriebe erwirtschaften gut 60 Prozent der gesamten Erlöse im Bauhauptgewerbe und beschäftigen knapp die Hälfte der dort tätigen Personen. Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 381 Betriebe erfasst. Ein Betrieb hatte im Schnitt 50 baugewerblich Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von etwas mehr als acht Millionen Euro.

Die vierteljährliche Konjunkturerhebung im **Ausbaugewerbe**, zu dem z. B. die Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation, die Fußbodenlegerei und das Malergewerbe zählen, erfasste im Berichtsjahr im Durchschnitt 421 Betriebe. Dort waren mehr als 60 Prozent aller im Ausbaugewerbe tätigen Personen beschäftigt. Diese Betriebe waren im Schnitt mit 38 Beschäftigten und einem Umsatz von 4,3 Millionen Euro deutlich kleiner als im Bauhauptgewerbe.

Beschäftigung im Ausbaugewerbe mit geringem Wachstum

Mit der Umsatzsteigerung im Ausbaugewerbe ging ein weiterer, allerdings nur noch sehr geringer Anstieg der Beschäftigung einher (+0,3 Prozent), die sich bereits im Vorjahr auf Rekordniveau befunden hatte. Deutschlandweit war ein deutliches Beschäftigungsplus von 2,1 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe geleisteten Arbeitsstunden ging um 0,3 Prozent zurück (Deutschland: +2,1 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten reduzierte sich somit um 0,5 Prozent (Deutschland: unverändert).

Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Ausbaugewerbe sinkt

Der ausbaugewerbliche Erlös je Arbeitsstunde erhöhte sich um 4,2 Prozent auf 91 Euro (Deutschland: +1,7 Prozent auf 96 Euro). Bei den Entgelten zeigte sich abermals eine positive Entwicklung (+2 Prozent; Deutschland: +4,4 Prozent), wenngleich diese schwächer ausfiel als im Jahr zuvor. Auch je geleistete Arbeitsstunde erhielten die Beschäftigten im Ausbaugewerbe 2016 höhere Entgelte (+2,3 Prozent; Deutschland: +2,2 Prozent).

Höhere Produktivität und Entgelte im Ausbaugewerbe

Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden steigen stärker

Mit den Rekordumsätzen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe gingen steigende Preise für Bauleistungen einher. Da keine Bauleistungspreise für Rheinland-Pfalz vorliegen, wird hier auf die deutschlandweite Entwicklung eingegangen.

Verhaltene
Preisentwick-
lung im Stra-
ßenbau

Bei Bauleistungen an Wohngebäuden verteuerten sich in Deutschland 2016 Rohbauarbeiten um 1,6 Prozent und Ausbauarbeiten um 2,3 Prozent. Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden wurden um 2,5 Prozent und Schönheitsreparaturen um 2,6 Prozent teurer. In all diesen Bereichen lagen die Teuerungsraten über den Vorjahreswerten. Gleiches gilt auch für Bauleistungen an Bürogebäuden und an gewerblichen Betriebsgebäuden, deren Preise um 2,2 Prozent bzw. um zwei Prozent zulegten. Verhältnismäßig verhalten war demgegenüber der Preisaufschlag im Straßenbau mit +0,9 Prozent.

Deutlich mehr Baugenehmigungen für Neubau von Mehrfamilienhäusern

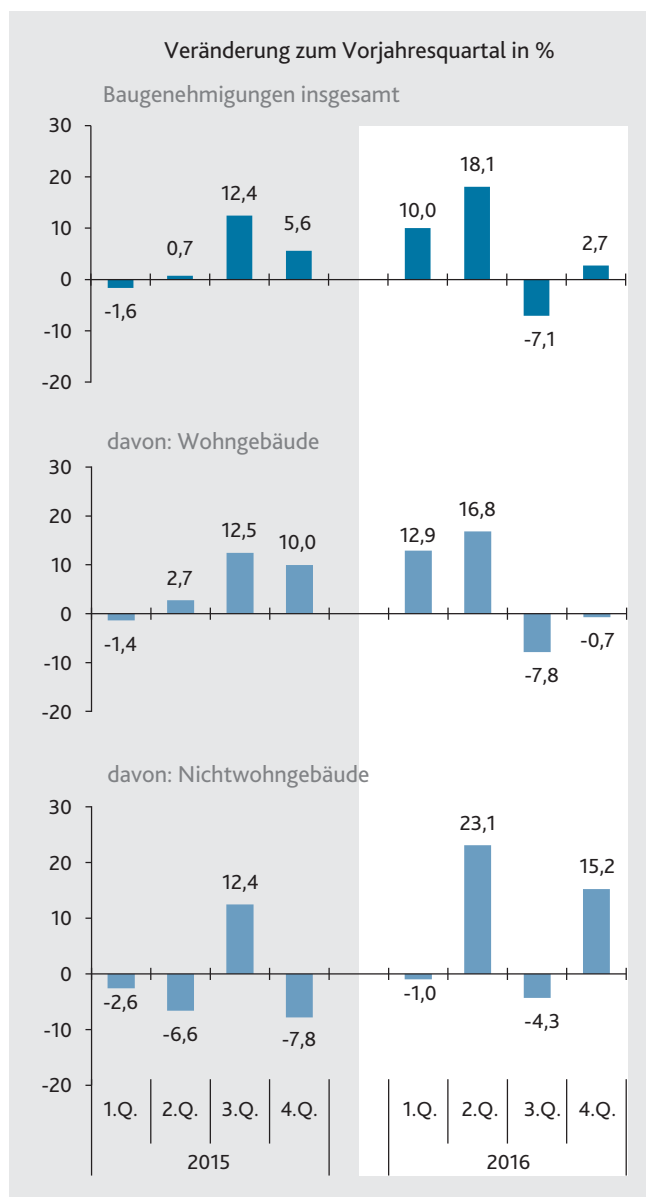
Starkes Plus
bei Bauges-
nehmigungen
im ersten
Halbjahr 2016;
Dynamik lässt
zuletzt nach

Die Zahl der Baugenehmigungen ist ein Indikator für die weitere Entwicklung der Bautätigkeit im Gebäudebau in den kommenden Monaten. Nachdem die Zahl der Baugenehmigungen für Bestands- und Neubauten in Rheinland-Pfalz in der zweiten Jahreshälfte 2015 deutlich gestiegen war, setzte sich diese Dynamik in den beiden ersten Quartalen 2016 mit Wachstumsraten von zehn bzw. 18 Prozent zunächst fort. Im dritten Quartal ergab sich hingegen ein Minus von gut sieben Prozent im Vergleich zum außergewöhnlich starken Vorjahresquartal. Im vierten Quartal wurde wieder ein Plus realisiert, allerdings nur noch von knapp drei Prozent. Auf das Gesamtjahr 2016 gerechnet stieg die Zahl der Baugenehmigungen um 5,5 Prozent (Deutschland: +6 Prozent). Das Wachstum erstreckte sich auf die Genehmigung sowohl von Wohngebäuden (+4,8 Prozent; Deutschland: +5,1 Prozent) als auch von Nichtwohngebäuden (+7,8 Prozent; Deutschland: +9,6 Prozent).

Überproportionale Zuwächse waren in Rheinland-Pfalz bei den Genehmigungen

G 4

Baugenehmigungen 2015 und 2016 nach Quartalen



für Neubauten zu beobachten (+8 Prozent; Deutschland: +5,4 Prozent). Mit einem Plus von 24 Prozent sticht hierbei besonders die Entwicklung der Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen heraus (Deutschland: +21 Prozent). Dieser Trend hin zu Mehrfamilienhäusern spiegelt sich auch bei der Betrachtung der Zahl genehmigter Wohnungen

Trend zu
Mehrfamilien-
häusern

wider. Die Zahl genehmigter Wohnungen in neuen Wohngebäuden wies mit einem Plus von 20 Prozent (Deutschland: ebenfalls +20 Prozent) ein deutlich stärkeres Wachstum auf als die Zahl genehmigter neuer Wohngebäude (+7,3 Prozent; Deutschland: +4,3 Prozent). Die durchschnittliche Zahl an Wohnungen je genehmigtes neues Wohngebäude stieg von 1,9 auf 2,1. Gut elf Prozent der genehmigten neuen Wohngebäude waren Mehrfamilienhäuser mit mindestens drei Wohnungen. Der Anteil solcher Häuser hat sich damit gegenüber dem Stand vor zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Bei der weit überwiegenden Zahl der genehmigten Neubauwohnungen traten private Haushalte (Anteil: 58 Prozent) oder Unter-

nehmen (Anteil: 38 Prozent) als Bauherren auf. Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil privater Haushalte mit 45 Prozent deutlich geringer, der Anteil der Unternehmen mit 48 Prozent hingegen deutlich höher als in Rheinland-Pfalz. Eine untergeordnete Rolle als Bauherren beim Wohnungsneubau spielen Organisationen ohne Erwerbszweck (Anteil: zwei Prozent; Deutschland: ein Prozent) sowie öffentliche Bauherren (Anteil: zwei Prozent; Deutschland: sechs Prozent).

Bauherren von
Neubauwoh-
nungen sind
zumeist Privat-
haushalte

Dr. Martin Jacobs ist Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“.

Einbürgerungen 2016



Von Andrea Heßberger

Im Verlauf des Jahres 2016 erhielten landesweit rund 6 000 ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose auf ihren Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Die Eingebürgerten stammten aus mehr als 130 Nationen und verteilten sich über alle Altersgruppen. Die meisten von ihnen lebten bereits seit deutlich mehr als acht Jahren in Deutschland.

Im Regionalvergleich zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen zeigen sich deutliche Unterschiede in der Zahl der Einbürgerungen.

Mehr als 6 000 Eingebürgerte in 2016

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 6 064 Personen eingebürgert, davon waren 3 403 Frauen und Mädchen sowie 2 661 Männer und Jungen. Die Zahl der Einbürgerungen lag damit rund fünf Prozent über der des Vorjahres.

Mit der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten die eingebürgerten Personen die gleichen Rechte und Pflichten wie diejenigen, die aus anderen Rechtsgründen die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt haben. Dies sind beispielsweise:

- allgemeines Wahlrecht,
- sogenannte Deutschengrundrechte¹,
- unverwirkbares Aufenthaltsrecht,
- Zugang zum Beamtenstatus,

- EU-Freizügigkeit,
- konsularischer Schutz im Ausland,
- Visafreiheit in vielen Ländern der Welt.

Im Zeitvergleich ist die Zahl der Einbürgerungen zum dritten Mal in Folge der letzten Jahre angestiegen. Eine noch höhere Anzahl hatte es zuletzt in 2007 gegeben; seinerzeit hatten 6 667 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten.

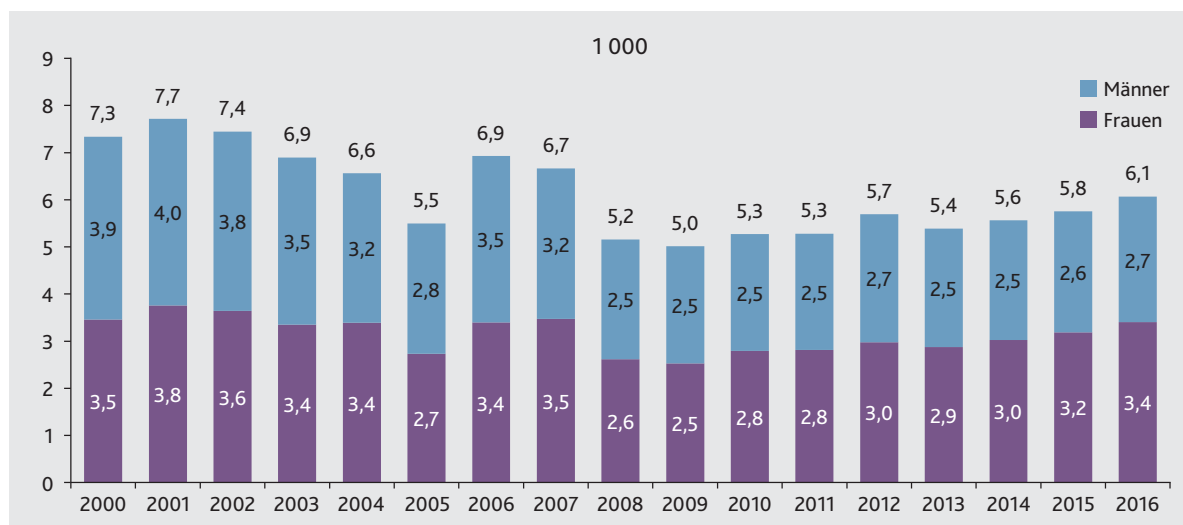
Die diesem Beitrag zugrundeliegenden Zahlen stammen aus der Einbürgerungsstatistik. Basisdaten für diese Statistik werden den statistischen Landesämtern von den Einbürgerungsbehörden regelmäßig übermittelt. In Rheinland-Pfalz sind die Einbürgerungsbehörden Teil der Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise. Diese übermitteln für alle im Jahresverlauf Eingebürgerten Angaben zu bisherigen sowie gegebenenfalls – nach der Einbürgerung – fortbestehenden Staatsangehörigkeiten, zum Rechtsgrund

Einbürgerungsstatistik liefert Zahlen zum Integrationsgeschehen

¹ Art. 8 GG Versammlungsfreiheit, Art. 9 Abs. 1 GG Vereinigungsfreiheit, Art. 11 GG Freizügigkeit, Art. 12 GG Berufsfreiheit.

G 1

Eingebürgerte 2000–2016 nach Geschlecht



der Einbürgerung, zur Aufenthaltsdauer in Deutschland sowie zu Geschlecht, Alter und Familienstand.

Deutlich mehr Anspruchs- als Ermessenseinbürgerungen

Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an verschiedene Voraussetzungen geknüpft

Ein Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kann insbesondere durch Geburt in Deutschland, durch Anerkennung des Spätaussiedlerstatus oder durch Einbürgerung erfolgen. Bei Letzterem unterscheidet man zwischen Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen.² Einen Anspruch auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung haben insbesondere Personen, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, wenn sie zusätzliche gesetzlich festgelegte Voraussetzungen erfüllen, die auf eine hinreichende Integration in die deutsche Gesellschaft schließen lassen. Hierzu zählen unter anderem der Nachweis über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der

Lebensverhältnisse in Deutschland (Einbürgerungstest), die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, hinreichende mündliche und schriftliche deutsche Sprachkenntnisse, keine Verurteilung wegen einer Straftat und das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Bei einer Ermessenseinbürgerung beruht die Einbürgerung nicht auf einem durch Gesetz eingeräumten Anspruch, sondern auf einer Entscheidung, die der Gesetzgeber in das Ermessen der Einbürgerungsbehörde gestellt hat. Maßgeblich ist auch in diesen Fällen, in denen nicht alle gesetzlichen Voraussetzungen für eine Anspruchseinbürgerung bestehen, dass bestimmte Mindestanforderungen für die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllt sind und dass zudem beispielsweise ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht.

Im Vorjahr erhielten landesweit mehr als 80 Prozent (5 078) und damit die meisten Eingebürgerten die deutsche Staatsangehörigkeit durch eine Anspruchseinbürgerung. Darunter waren 4 762 Personen, die sich im Jahr 2016 seit mindestens acht Jahren in

Gros der Einbürgerungen sind Anspruchs-einbürgerungen

² Gesetzliche Grundlage zur Einbürgerung ausländischer Personen bildet insbesondere das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG). Das Staatsangehörigkeitsrecht ist im Jahr 2000 grundlegend reformiert worden.

Deutschland aufgehalten und oben angeführte Integrationskriterien erfüllt hatten. Im Ermessen der Einbürgerungsbehörden wurden weitere 986 Personen eingebürgert. Dies waren insbesondere Ehepartnerinnen und Ehepartner oder minderjährige Kinder von Ausländerinnen und Ausländern, denen eine Anspruchseinbürgerung zuerkannt worden war, sowie Ehe- oder Lebenspartnerinnen und -partner von Deutschen.

Einbürgerung setzt grundsätzlich mehr-jährigen Aufenthalt in Deutschland voraus

Wie bereits dargelegt, ist eine grundlegende Voraussetzung für die Anspruchseinbürgerung, dass sich die Antragsteller seit mehreren Jahren rechtmäßig in Deutschland aufgehalten haben. Als Regeldauer hat der Gesetzgeber eine Frist von acht Jahren vorgegeben. Insgesamt 413 Ausländerinnen und Ausländer (6,8 Prozent), die im Verlauf des Jahres 2016 in Rheinland-Pfalz eingebürgert wurden, erhielten ihre Einbürgerungs-urkunde in ihrem achten Aufenthaltsjahr in Deutschland. Weiteren 870 Personen (14,3 Prozent) wurde die deutsche Staatsangehörigkeit bereits vor Erreichen dieser gesetzlichen Standardfrist zuerkannt. Nach sechs- bzw. siebenjährigem Aufenthalt erhielten 202 bzw. 209 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft, darunter einige, die durch Nachweis bestimmter Integrationsleistungen ihre Frist zum Anspruch auf Einbürgerung verkürzen konnten. Zu diesen Integrationsleistungen zählen beispielsweise die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs oder der Nachweis besonders guter Deutschkenntnisse.

Rund 28 Prozent der Eingebürgerten lebten bereits neun bis unter 15 Jahre in Deutschland. Fast 20 Prozent bzw. mehr als 18 Pro-

zent waren vor Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft 15 bis unter 20 bzw. 20 bis unter 30 Jahre hierzulande sesshaft gewesen. Rund zwölf Prozent der Eingebürgerten hatten sich sogar 30 oder mehr Jahre in Deutschland aufgehalten, bevor sie im Laufe des Jahres 2016 die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Das Gros der Eingebürgerten hatte demnach bereits deutlich mehr als acht Jahre in Deutschland gelebt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei 15 Jahren. Diese ist seit 2010 um insgesamt vier Jahre angestiegen. Auch bei Beschränkung auf ausschließlich Volljährige zeigt sich die gleiche Entwicklung. Während 2010 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer Erwachsener bei Einbürgerung noch bei zwölf Jahren gelegen hatte, betrug sie im vergangenen Jahr bereits 16 Jahre. Dieser Trend könnte damit zusammenhängen, dass ausländische Staatsangehörige inzwischen erst in höherem Alter einen Einbürgerungsantrag stellen.

Einbürgerungen in allen Altersgruppen

Tatsächlich wurden im vergangenen Jahr Ausländerinnen und Ausländer vom Kleinkindalter bis hin zum Alter von Hochbetagten eingebürgert. Rund 15 Prozent der eingebürgerten Personen waren minderjährig, annähernd 85 Prozent hatten demnach ihr 18. Lebensjahr bereits vollendet.

Unverkennbar ist ein Trend zur Einbürgerung im höheren Lebensalter. Waren im Jahr 2000 noch rund 34 Prozent der Betroffenen unter 20 Jahre alt, lag der entsprechende Anteilswert im Jahr 2016 bei nur noch 21 Prozent. Der Anteil der 20- bis unter 40-Jährigen ist im Vergleich der beiden Jahre mit 45 Prozent unverändert stark besetzt. Hingegen fiel der Anteil der Personen im Alter von

Aufenthalts-
dauer vor
Einbürgerung
merklich ange-
stiegen

T 1

Eingebürgerte 2016 nach Altersgruppen und Familienstand

Alter in Jahren	Insgesamt		Darunter	
	Anzahl	Anteile in %	verheiratet	ledig
Unter 10	307	5,1	-	307
10 – 20	966	15,9	-	966
20 – 30	1 187	19,6	255	921
30 – 40	1 527	25,2	1 035	358
40 – 50	1 052	17,3	750	119
50 – 60	472	7,8	349	28
60 und älter	553	9,1	422	28
Unter 18	926	15,3	-	926
18 und älter	5 138	84,7	2 811	1 801
Insgesamt	6 064	100	2 811	2 727

40 bis unter 50 Jahren 2016 mit 17 Prozent rund vier Prozentpunkte höher aus als noch im Jahr 2000. Auch die darüber liegende Altersgruppe ist inzwischen relativ deutlich stärker besetzt. Im Jahr 2016 hatten annähernd 17 Prozent der Eingebürgerten bereits das 50. Lebensjahr vollendet; dies waren zehn Prozentpunkte mehr als noch zur Jahrtausendwende.

Gros der Eingebürgerten ist verheiratet

Mit annähernd 55 Prozent waren mehr als die Hälfte der volljährigen Eingebürgerten verheiratet, weitere 35 Prozent waren ledig. Die restlichen zehn Prozent derjenigen Erwachsenen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhielten, entfielen auf Geschiedene (knapp neun Prozent) sowie Verwitwete und Personen in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft (zusammen fast zwei Prozent). Gegenüber der Jahrtausendwende haben damit die Anteile der Eingebürgerten bei ledigen bzw. geschiedenen Erwachsenen stark zugenommen (+11 bzw. +5 Prozentpunkte), stark abgenommen hat hingegen der Anteil Verheirateter (–17 Prozentpunkte). Bei insgesamt gestiegenem Altersdurchschnitt bei Einbürgerung ist dies ein Indiz dafür, dass

auch die Gruppe der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vom allgemein zu beobachtenden Wandel der Lebensformen betroffen ist. Inwieweit die stattgefundenen Veränderung der Familienstandsstruktur mit der veränderten Aufenthaltsdauer in Deutschland, der Altersstruktur sowie gegebenenfalls der nationalitätenspezifischen Zusammensetzung der Gruppe Eingebürgerter zusammenhängt, ist bislang noch nicht untersucht.

Eingebürgerte entstammen rund 130 unterschiedlichen Nationen

Mehr als zehn Prozent und damit die meisten der im Jahr 2016 eingebürgerten Personen hatten zuvor die türkische Staatsangehörigkeit (818). In der Rangfolge der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten folgten 485 Polinnen und Polen (acht Prozent), 307 Italienerinnen und Italiener (fünf Prozent), jeweils 232 Kosovarinnen und Kosovaren bzw. Ukrainerinnen und Ukrainer (jeweils 3,8 Prozent) sowie 223 Rumäninnen und Rumänen (3,7 Prozent).³ Die hier dargestellte

Türkei absolut am häufigsten vertretene Nation

³ Hier ausgewertet wurde bei Mehrstaatlern lediglich die bis zur Einbürgerung jeweils erste ausländische Staatsangehörigkeit.

G 2

Eingebürgerte 2016 nach ausgewählten bisherigen Staatsangehörigkeiten



Rangfolge wird maßgeblich dadurch beeinflusst, dass Türkinnen und Türken, Polinnen und Polen sowie Italienerinnen und Italiener auch im Jahresdurchschnitt 2015 mit deutlichem Abstand die Liste der am häufigsten vertretenen Nationalitäten unter der ausländischen Bevölkerung anführten und auch Rumäninnen und Rumänen sowie Kosovarinnen und Kosovaren mit den Listenplätzen vier und sieben relativ weit vorne lagen.

Im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrzehnten erhielten im Verlauf des Jahres 2016

auffällig mehr Britinnen und Briten die deutsche Staatsbürgerschaft. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 198 Personen mit britischer Nationalität eingebürgert; dies waren rund drei Prozent aller Einbürgerungen. Der deutliche Anstieg dürfte insbesondere Folge des im Juni 2016 stattgefundenen Brexit-Referendums sein.

Unter bestimmten Voraussetzungen besteht die Möglichkeit, nach Einbürgerung in Deutschland eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten zu behalten. Dies gilt für Angehörige

EU-Staatler
behalten bishe-
rige Staatsan-
gehörigkeit bei

von EU-Staaten und der Schweiz, aber beispielsweise auch für Bürgerinnen und Bürger von Staaten, denen regelmäßig die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit verweigert wird. Insgesamt 3 919 im Jahr 2016 Eingebürgerte (64,6 Prozent) behielten neben der deutschen mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit. So behielten alle im vergangenen Jahr eingebürgerten Britinnen und Briten zusätzlich zum deutschen auch den britischen Pass. Dies gilt auch für die Angehörigen der übrigen EU-Länder, die allesamt ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufrecht erhielten. Bei den übrigen Nationen variiert der Anteil der Mehrstaatler. Von den eingebürgerten Türiinnen und Türken behielten rund 26 Prozent (216), von den Kosovarinnen und Kosovaren annähernd 44 Prozent (102) und von den Ukrainerinnen und Ukrainern elf Prozent (26) ihre bisherige Staatsangehörigkeit nach Einbürgerung bei.

Einbürgerungs-
quote gibt
Hinweise auf
Einbürgerungs-
neigung

Um eine Einschätzung über die Einbürgerungsneigung nach Nationalitäten zu erhalten, lassen sich sogenannte Einbürgerungsquoten errechnen. In diesen Kennzahlen wird die Zahl der im Laufe eines Jahres Eingebürgerten zur Zahl der hierzulande lebenden Ausländerinnen und Ausländer ins Verhältnis gesetzt. Bezogen auf die Zahl der im Jahresdurchschnitt 2015 im Ausländerzentralregister registrierten Ausländerinnen und Ausländer und dabei beschränkt auf die Nationalitäten, die im Ausländerzentralregister mit mindestens 100 Personen vertreten waren, ergaben sich die höchsten Einbürgerungsquoten bei Libyerinnen und Libyern (15,3 Prozent), Angolanerinnen und Angolanern (10,7 Prozent), Staatenlosen bzw. Dominikanerinnen und Dominikanern (jeweils 10,1 Prozent) sowie Kubanerinnen und Kubanern (9,2 Prozent). Britinnen und Briten sowie Türiinnen und Türken belegten – bei Bezugnahme auf die jeweilige Zahl

der hier lebenden Landsmänner und -frauen – mit 4,5 Prozent bzw. 1,4 Prozent lediglich die Ränge 19 bzw. 62. Die Einbürgerungsquote der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger lag damit – trotz hoher Absolutzahlen – noch unter dem sich nationalitätenübergreifend ergebenden Landeswert von 1,6 Prozent.

Zahl der Einbürgerungen variiert im Regionalvergleich

Die absolut gesehen meisten Einbürgerungen erfolgten im Jahr 2016 in den kreisfreien Städten Ludwigshafen am Rhein (1 016), Mainz (586) und Koblenz (284). Die wenigsten Einbürgerungen wurden in den Landkreisen Cochem-Zell (30) und Südliche Weinstraße (41) sowie in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (32) vollzogen.

In Ludwigshafen wie in Vorjahren höchste Zahl an Einbürgerungen

Im Vergleich zum Vorjahr sind deutlich mehr Ausländerinnen und Ausländer in den kreisfreien Städten Zweibrücken (+167 Prozent) und Ludwigshafen am Rhein (+48 Prozent) sowie im Landkreis Birkenfeld (+60 Prozent) eingebürgert worden. Die größten Rückgänge in der Zahl der Einbürgerungen verzeichneten im Vergleich zu 2015 die Landkreise Germersheim (–47 Prozent), Südliche Weinstraße (–42 Prozent) sowie die kreisfreie Stadt Kaiserslautern (–21 Prozent).⁴

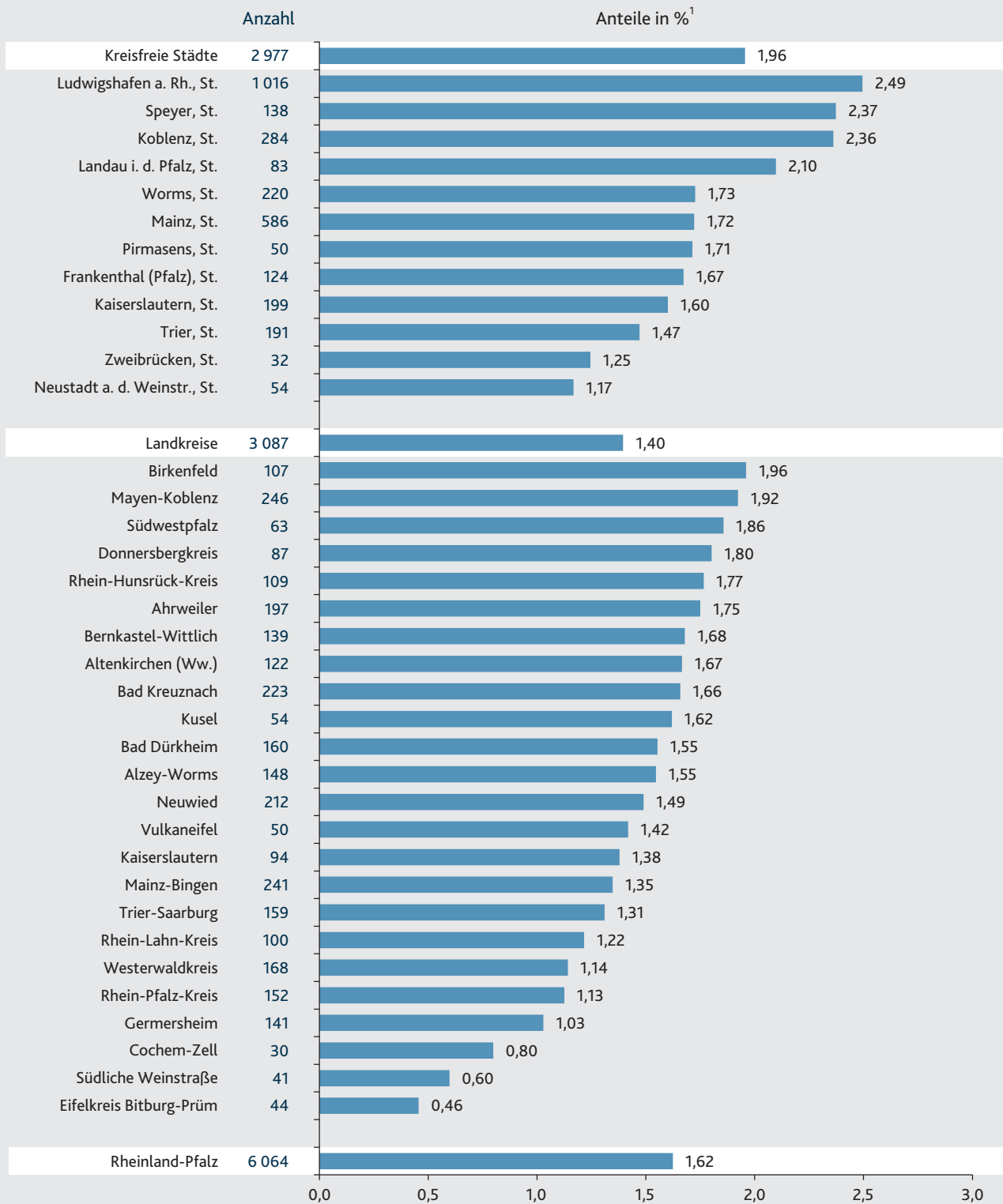
In den kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz gab es – gemessen an der Zahl der im Jahresdurchschnitt 2015 im Ausländerzentralregister registrierten Ausländerinnen und Ausländer – mit knapp zwei Prozent relativ gesehen mehr Einbürgerungen als in den Landkreisen (1,4 Prozent). Die Spanne

Einbürgerungsquote in kreisfreien Städten höher als in Landkreisen

⁴ Der Aussagewert der hier ausgewiesenen Änderungsrate wird in der kreisfreien Stadt Zweibrücken und im Landkreis Südliche Weinstraße dadurch eingeschränkt, dass dort im Jahr 2016 – absolut gesehen – lediglich 32 bzw. 41 Einbürgerungen erfolgten.

G 3

Eingebürgerte 2016 nach Verwaltungsbezirken



¹ Bezogen auf die ausländische Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 2015 gemäß Ausländerzentralregister.

der regionalen Einbürgerungsquoten reichte in den kreisfreien Städten von 2,5 Prozent in Ludwigshafen am Rhein bis zu knapp 1,2 Prozent in Neustadt an der Weinstraße. Im Landkreis Birkenfeld erhielten zwei Prozent der Ausländerinnen und Ausländer eine Einbürgerungsurkunde, im Eifelkreis Bitburg-Prüm waren es nur knapp 0,5 Prozent.

Im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise zeigen sich somit deutliche Unterschiede in der Zahl der Einbürgerungen. Inwieweit diese Differenzen mit einer unterschiedlichen Zahl sowie der jeweiligen demografischen und sozioökonomischen Struktur der regional ansässigen Ausländerinnen und Ausländer zusammenhängt, ist bislang offen.

Fazit

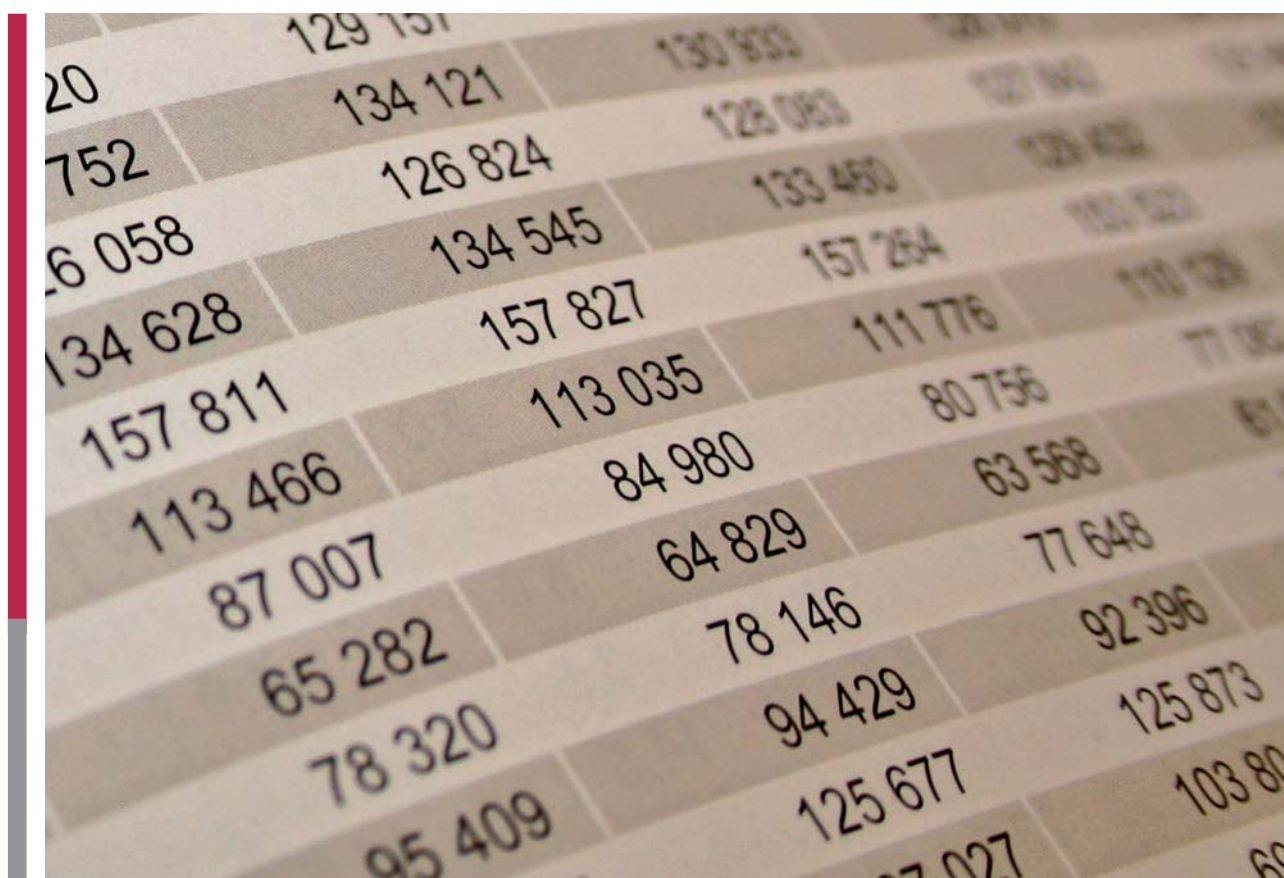
In Rheinland-Pfalz erhielten im vergangenen Jahr Ausländerinnen und Ausländer aus mehr als 130 Nationen die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Die meisten von ihnen lebten bereits deutlich mehr als acht Jahre in Deutschland. Von Einbürgerungen betroffen waren Personen aller Altersgruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl der Einbürgerungen von einer

Vielzahl von Faktoren abhängt. Ein Antrag auf Einbürgerung wird von den Betroffenen aus unterschiedlichsten Gründen gestellt und die Einbürgerung je nach individuellen Voraussetzungen vollzogen.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die Zahl der Eingebürgerten in den letzten Jahren tendenziell angestiegen ist, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ergeben. Das Ausmaß von Einbürgerungen dürfte auch mit der Anzahl der hierzulande lebenden Ausländerinnen und Ausländer zusammenhängen, die – gegebenenfalls aktuell oder künftig unter Erfüllung von Aufenthaltsfristen und sonstiger notwendiger Integrationskriterien – Potenzial zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit haben könnten. Demnach bleibt – auch unter Berücksichtigung des aktuellen Geschehens der Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern – abzuwarten, wie sich die Zahl der Einbürgerungen langfristig entwickeln wird.

Andrea Heßberger, Soziologin M.A., ist als Referentin im Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“ tätig.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	92 396	125 873
95 409	94 429	125 677	103 801
	125 677	103 801	69 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2015	2016				2017		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ^{1,2}
darunter Ausländer ³	1 000	383 ^{1,2}

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 695
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 912
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 898
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 986
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	14 039
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	8 106
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 695
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 637
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	4 344
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	15 659

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2013	2014	2015			2016		
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 299	1 321	1 332	1 345	1 367	1 353	1 353	1 362
* Frauen	1 000	599	611	622	626	636	634	633	635

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2,3}**

	Einheit	2013	2014	2015				2016		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	96	106	110	117	122	117	121	128	131
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	341	353	365	373	377	378	379	385	390
* darunter Frauen	1 000	286	295	304	309	312	313	314	317	321
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	13	14	11	12	13	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	422	420	422	429	423	422	423	431
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	278	285	289	294	299	296	295	298	304
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	204	206	209	213	216	213	213	215	219
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	387	396	402	403	409	411	412	412	420

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	112 882	111 436	108 539	107 080	110 152	108 447	104 884	104 019	107 939
* Frauen	Anzahl	52 144	50 458	49 402	48 901	50 350	48 818	47 527	47 500	50 103
* Männer	Anzahl	60 737	60 978	59 137	58 179	59 802	59 628	57 357	56 519	57 836
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 783	41 185	38 107	37 693	41 384	42 203	39 603	39 591	43 443
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	71 098	70 250	70 432	69 387	68 768	66 244	65 281	64 428	64 496
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,1	5,0	4,9	5,0	4,9	4,8	4,7	4,9
* Frauen	%	5,1	4,9	4,8	4,7	4,9	4,7	4,6	4,6	4,8
* Männer	%	5,3	5,3	5,1	5,0	5,2	5,1	4,9	4,8	5,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,7	4,3	4,2	5,3	4,6	4,4	4,5	5,4
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,4	3,0	3,0	3,9	3,1	3,0	2,9	4,0
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,3	5,1	5,0	4,9	4,9	4,8	4,6	4,6	4,5
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,8	5,6	5,5	5,4	5,4	5,4	5,1	5,0	5,0
* Ausländer/-innen	%	12,4	13,4	12,1	12,1	12,7	14,5	13,0	12,8	13,1
* Deutsche	%	4,6	4,3	4,3	4,2	4,3	4,0	3,9	3,9	4,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	5 234	5 357	1 726	1 836	1 438
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	27 760	32 997	32 711	33 536	34 245	36 135	36 897	37 762	39 063

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai		Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	231 358	235 916	235 894	235 457	234 725	249 924	251 579	251 603	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 667	117 850	118 364	118 050	117 619	122 761	123 443	123 425	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	157 260	160 493	160 353	160 082	159 637	170 518	171 901	171 692	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	60 383	61 917	61 427	61 235	61 042	67 346	67 913	68 193	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	58 286	59 870	59 353	59 164	58 994	65 324	65 914	66 166	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	547	587	660	719	630	464	599	606	596
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	520	604	640	557	410	541	544	527
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	3	1	1	1	-	2	2
Unternehmen	Anzahl	64	92	49	151	134	63	36	113	50
private Haushalte	Anzahl	479	491	605	565	495	400	563	491	544
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	1 231	1 072	1 416	1 486	809	1 163	1 175	1 287
* Umbauter Raum	1 000 m ³	652	760	762	896	860	550	729	741	781
* Wohnfläche	1 000 m ²	121	141	140	165	161	100	134	139	143
Wohnräume	Anzahl	4 881	5 635	5 521	6 566	6 098	4 076	5 403	5 587	5 617
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke										
Bauwerke	Mill. EUR	195	231	234	263	271	169	236	241	244

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	125	138	129	168	112	138	150	134	141
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	12	8	5	8	13	15	16	17
Unternehmen	Anzahl	94	82	78	98	50	77	83	64	80
private Haushalte	Anzahl	21	42	41	57	49	48	52	54	44
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	25	79	26	5	14	12	8	19
* Umbauter Raum	1 000 m ³	941	764	455	728	411	1 159	820	697	869
* Nutzfläche	1 000 m ²	111	110	75	120	77	148	124	96	127
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	81	104	65	101	82	104	100	84	100

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 221	1 447	1 508	1 706	1 628	982	1 322	1 403	1 628
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 674	6 395	6 086	7 555	6 702	4 743	5 977	6 437	6 702

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 523	11 564	12 352	11 862	11 294	10 780	12 461	10 738	11 997
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 983	1 945	2 207	1 953	1 761	1 714	2 065	1 615	1 706
darunter										
* Kälber	t	7	7	8	6	4	4	6	9	6
* Jungrinder	t	10	8	10	6	5	13	8	5	6
* Schweine	t	9 491	9 570	10 088	9 859	9 482	9 026	10 343	9 061	10 245
* Eierzeugung ²	1 000	15 747	16 571	18 729	17 469	16 103	17 645	19 800	18 593	18 517

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 009	1 004	1 008	1 007	1 006	1 006	1 018	1 021	1 022
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 724	254 498	253 992	252 424	252 233	252 595	253 219	253 982	254 234
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 274	32 292	33 226	33 714	30 551	32 585	35 941	30 284	33 469
* Entgelte	Mill. EUR	1 065	1 078	1 021	1 112	1 257	997	1 037	1 133	1 307
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 221	7 223	7 711	7 416	7 175	7 440	8 929	7 410	8 298
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 900	3 813	4 078	3 948	3 759	4 164	4 874	4 009	4 478
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 028	2 098	2 311	2 176	2 077	2 057	2 616	2 090	2 360
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	87	101	106	101	97	87	114	94	97
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 206	1 211	1 216	1 191	1 242	1 131	1 323	1 216	1 363
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 269	2 140	2 337	2 242	2 141	2 466	2 882	2 317	2 535
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 037	1 086	1 186	1 123	1 050	987	1 251	975	1 091
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 047	4 003	4 344	4 184	4 029	4 279	5 023	4 241	4 669
Exportquote ⁶	%	56,0	55,4	56,3	56,4	56,2	57,5	56,3	57,2	56,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	107,8	110,6	121,2	117,4	107,2	120,6	145,5	115,6	123,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	96,9	99,7	108,2	105,8	98,8	111,1	126,4	103,8	112,2
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	119,6	120,9	134,5	126,0	113,3	130,8	153,6	117,7	131,3

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	56,2	73,3	88,8	76,5	54,0	60,3	81,9	42,8	49,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	126,4	133,5	142,8	151,0	135,7	139,8	224,4	180,8	165,1
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	96,1	97,7	106,6	107,2	98,2	112,5	130,5	105,2	111,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	121,6	120,9	150,8	127,1	116,1	124,1	160,5	121,5	134,0

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	180	179	181	181	179	173	173	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 509	9 376	9 376	9 340	9 322	9 414	9 445	9 427	9 469
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 166	1 146	1 164	1 212	1 054	1 116	1 247	1 091	1 149
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	39	50	38	38	40	49	42
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	343	445	344	303	430	403	250	251
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	330	430	332	291	413	389	236	240

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 579	19 046	18 795	18 832	18 853	19 305	19 579	19 801	19 912
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 906	1 945	1 924	2 148	1 926	1 637	2 244	2 063	2 306
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	310	320	320	348	323	313	376	335	379
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	649	633	678	697	631	582	731	646	724
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	974	992	926	1 103	973	743	1 136	1 083	1 203
darunter Straßenbau	1 000 h	500	531	461	586	530	370	563	606	671
* Entgelte	Mill. EUR	59	61	56	61	61	54	62	64	68

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2015	2016			2017				
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	247	256	218	235	238	171	268	268	298
davon											
*	Wohnungsbau	Mill. EUR	39	45	45	46	42	36	54	53	55
*	gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	88	87	83	81	84	67	97	90	99
*	öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	119	124	89	109	112	68	116	125	144
	darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	64	39	53	58	29	53	67	76

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

	Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	425	421	425	424	423	423	420	419	440
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 006	16 051	16 182	16 013	15 902	15 920	16 231	16 152	16 637
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 020	5 007	5 136	5 152	4 854	5 036	5 116	5 020	5 125
* Entgelte	Mill. EUR	126	128	126	134	120	127	127	138	130
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	440	457	431	553	357	428	451	593	378

Handel⁵**Großhandel⁶**

Großhandel ^{p, 6}	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2010=100	108,6	108,9	109,1	109,0	108,9	106,5	107,0	107,2	107,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	122,2	119,1	121,7	121,2	120,3	115,3	116,2	116,6	117,2
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,6	91,4	93,0	92,9	88,5	85,1	102,4	87,6	94,7
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,7	85,3	87,5	87,2	82,2	78,2	93,8	79,9	86,7

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2010=100	106,4	107,9	107,6	107,8	107,7	107,6	107,5	107,7	108,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	108,0	109,7	109,1	109,6	109,5	109,1	109,1	109,5	109,8
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	104,2	108,7	108,6	111,2	108,6	96,6	116,0	113,8	115,9
* Umsatz real ⁷	2010=100	99,1	102,8	103,0	104,8	102,2	90,1	108,0	105,5	107,5

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1,2}**

hoch. Handel

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2010=100	105,5	108,0	107,0	107,3	107,0	108,7	109,0	109,0	109,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	121,1	124,7	123,2	124,5	124,7	126,0	126,6	127,4	128,0
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,1	111,2	119,4	125,2	109,1	100,2	139,1	113,6	124,5
* Umsatz real ³	2010=100	102,3	106,3	114,4	119,9	104,4	95,0	131,7	107,2	117,8

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	103,4	103,0	98,1	102,4	105,6	95,1	97,8	102,5	105,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,4	107,5	102,0	106,5	110,2	100,6	102,8	107,1	110,0
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,9	83,4	71,1	80,0	92,8	61,7	74,5	84,0	96,4
* Umsatz real ³	2010=100	73,0	73,7	63,3	71,0	82,1	53,9	65,2	73,4	83,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	708	722	542	667	945	394	552	743	903
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	96	140	194	73	93	156	189
* Gästeübernachtungen	1 000	1 813	1 824	1 398	1 587	2 388	970	1 272	1 871	2 186
* darunter von Auslandsgästen	1 000	447	441	247	364	533	186	226	413	499

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 772	1 820	1 397	1 576	1 716	1 603	1 398	1 761	1 714
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 135	1 266	897	1 028	1 227	896	877	1 197	1 216
* Getötete Personen	Anzahl	16	13	5	12	9	10	5	19	14
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	2	7	4	7	3	7	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	1	-	2	-	-	8	3
Radfahrer	Anzahl	3	1	-	2	1	-	-	-	-
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	3	1	3	2	2	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 638	1 181	1 355	1 591	1 178	1 145	1 539	1 543

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
schwer verletzte Personen	Anzahl	274	301	193	232	289	189	211	283	258
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	126	135	105	131	123	123	125	131	96
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	70	74	21	31	85	15	22	76	85
Radfahrer	Anzahl	41	48	20	33	38	13	27	44	44
Fußgänger	Anzahl	25	30	36	23	32	32	26	25	26

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 896	13 160	15 504	14 943	13 577	10 970	16 951	12 723	14 750
darunter										
Krafträder	Anzahl	680	755	1 308	1 190	1 015	360	1 329	993	896
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 853	10 944	12 573	12 082	11 187	9 324	13 757	10 344	12 257
* Lastkraftwagen	Anzahl	924	1 024	1 080	1 119	941	897	1 255	916	1 111
Zugmaschinen	Anzahl	345	343	430	446	349	308	500	378	394

Personenbeförderung

	Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 397	59 894	45 499	55 378	61 451	61 933	50 936	65 441	71 078
Personenkilometer ³	Mill.	494	621	427	509	630	646	543	665	709

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Güterempfang	1 000 t	1 007	1 024	1 103	1 128	1 200	701	835	1 032	897
* Güterversand	1 000 t	777	776	785	807	842	483	708	896	725

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 277	4 381	4 476	4 677	4 649	4 368	4 408	4 985	4 485
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	311	321	313	322	348	321	301	337	310
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 910	3 986	4 073	4 286	4 235	3 965	4 016	4 527	4 041

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2015	2016			2017				
			Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	21	26	27	19	26	26	23
*	Halbwaren	Mill. EUR	151	143	141	151	148	134	128	156	141
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 738	3 821	3 911	4 110	4 060	3 812	3 862	4 345	3 877
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	947	951	902	1 056	1 000	1 036	971	1 104	975
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 790	2 870	3 009	3 053	3 060	2 776	2 891	3 241	2 903
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 932	3 075	3 061	3 300	3 324	3 047	3 096	3 468	3 219
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 610	2 757	2 749	2 965	2 964	2 763	2 774	3 080	2 887
	Belgien	Mill. EUR	199	197	179	216	216	192	204	229	207
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	54	55	59	48	48	55	63
	Dänemark	Mill. EUR	39	44	41	49	48	52	47	53	46
	Finnland	Mill. EUR	33	30	31	30	32	31	36	34	35
	Frankreich	Mill. EUR	424	448	472	520	485	430	453	510	438
	Griechenland	Mill. EUR	27	29	19	33	33	33	28	34	24
	Großbritannien	Mill. EUR	287	303	278	320	305	293	295	321	300
	Irland	Mill. EUR	20	19	26	18	19	44	16	37	123
	Italien	Mill. EUR	247	266	285	281	276	270	263	286	261
	Niederlande	Mill. EUR	303	315	305	312	325	355	308	354	291
	Österreich	Mill. EUR	163	166	162	188	174	149	166	177	168
	Schweden	Mill. EUR	74	79	77	82	96	83	89	97	97
	Spanien	Mill. EUR	206	217	202	224	234	242	227	240	218
	Portugal	Mill. EUR	31	41	43	41	41	47	38	42	43
*	Afrika	Mill. EUR	127	117	108	116	108	73	92	129	104
*	Amerika	Mill. EUR	584	552	661	591	542	600	564	625	506
	darunter nach USA	Mill. EUR	414	381	503	416	385	418	390	419	337
*	Asien	Mill. EUR	601	598	615	637	643	606	609	718	603
	darunter nach China	Mill. EUR	148	143	146	150	159	156	159	170	151
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	39	31	33	32	42	46	46	53

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 851	2 883	2 950	2 948	2 879	2 971	3 266	3 422	3 316
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	277	239	225	235	233	248	231	313	243
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 436	2 478	2 555	2 547	2 482	2 539	2 825	2 865	2 814
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	39	36	40	35	35	40	36	48	33
* Halbwaren	Mill. EUR	255	216	212	225	220	220	267	300	267
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 142	2 226	2 302	2 287	2 227	2 280	2 522	2 517	2 514

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	558	516	543	535	549	556	658	737	770
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 585	1 709	1 759	1 751	1 678	1 723	1 864	1 780	1 745
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 087	2 161	2 205	2 214	2 175	2 119	2 459	2 480	2 456
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 867	1 970	2 018	2 020	1 992	1 902	2 208	2 246	2 228
	Belgien	Mill. EUR	271	253	271	263	271	247	293	332	307
	Luxemburg	Mill. EUR	47	52	54	54	58	57	55	62	57
	Dänemark	Mill. EUR	22	21	20	21	23	22	19	44	23
	Finnland	Mill. EUR	12	12	12	12	11	12	15	13	13
	Frankreich	Mill. EUR	243	243	214	303	257	226	237	277	256
	Griechenland	Mill. EUR	7	8	7	7	8	7	8	10	7
	Großbritannien	Mill. EUR	105	101	105	103	109	113	102	116	132
	Irland	Mill. EUR	99	137	241	111	80	61	121	108	125
	Italien	Mill. EUR	166	175	173	181	181	182	206	202	212
	Niederlande	Mill. EUR	296	299	256	301	332	303	329	355	318
	Österreich	Mill. EUR	103	118	121	125	122	107	91	101	108
	Schweden	Mill. EUR	48	52	49	54	54	57	52	81	62
	Spanien	Mill. EUR	104	129	118	105	104	113	257	134	122
	Portugal	Mill. EUR	16	18	20	17	18	21	21	21	21
*	Afrika	Mill. EUR	41	48	30	41	55	64	57	62	40
*	Amerika	Mill. EUR	313	254	274	257	245	264	276	292	258
	darunter aus USA	Mill. EUR	239	198	225	204	194	194	228	231	205
*	Asien	Mill. EUR	405	414	435	432	398	518	469	583	557
	darunter aus China	Mill. EUR	182	182	203	188	160	238	187	207	187
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	4	7	6	5	5	4

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 915	2 760	3 209	2 864	2 555	2 531	3 243	2 064	2 672
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	468	594	527	389	422	532	356	459
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 900	1 774	2 051	1 813	1 728	1 651	2 155	1 343	1 784
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 881	2 788	2 963	2 546	2 407	2 440	2 930	1 860	2 377
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	421	402	420	396	343	371	398	215	296
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 973	1 895	2 015	1 702	1 607	1 568	1 958	1 263	1 650

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insgesamt	Anzahl	477	462	488	407	490	385	520	437	494
davon										
* Unternehmen	Anzahl	75	65	80	57	62	48	72	68	57
* Verbraucher	Anzahl	282	276	274	240	317	234	291	261	308
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	102	115	95	97	80	134	95	104
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	17	19	19	15	14	23	23	13	25
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	88	66	94	56	64	65	62	47	62

Handwerk²

	Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,6	100,1	98,5	97,9	98,1	100,5	98,7	98,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	103,8	106,6	107,5	118,9	89,8	109,8	110,8	117,0	94,5

Preise

Preise	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,0	107,6	107,3	107,4	107,8	109,0	108,9	109,0	109,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	106,3	107,6	107,3	107,4	107,6	108,7	108,9	109,1	109,2

Verdienste⁷

	Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 907	3 996	3 576	3 612	3 604	3 640	3 669	3 704	3 619
* Frauen	EUR	3 372	3 469	3 131	3 154	3 190	3 198	3 222	3 247	3 202
* Männer	EUR	4 121	4 207	3 755	3 796	3 768	3 816	3 849	3 889	3 793
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 434	7 483	6 566	6 636	6 511	6 572	6 646	6 733	6 627
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 506	4 580	4 181	4 209	4 169	4 199	4 232	4 266	4 182
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 319	3 390	3 058	3 088	3 080	3 115	3 139	3 167	3 126
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 756	2 815	2 574	2 586	2 571	2 609	2 643	2 654	2 562
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 111	2 277	2 024	2 031	2 092	2 146	2 159	2 156	2 131

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 282	4 300	3 806	3 863	3 763	3 820	3 854	3 894	3 792
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 877	4 031	3 519	3 527	(3 635)	(3 590)	3 662	3 672	3 497
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 472	4 485	3 919	3 984	3 902	3 958	3 966	4 021	3 923
* Energieversorgung	EUR	5 168	5 154	4 528	4 552	4 448	4 492	4 598	4 592	4 632
* Wasserversorgung ²	EUR	3 372	3 467	3 130	3 204	3 200	3 223	3 261	3 262	3 179
* Baugewerbe	EUR	3 351	3 316	3 241	3 226	3 008	3 079	3 230	3 198	3 118
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 671	3 798	3 431	3 456	3 500	3 523	3 549	3 582	3 516
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 496	3 601	3 241	3 265	3 242	3 287	3 293	3 367	3 300
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 905	3 024	2 731	2 743	2 802	2 826	2 845	2 849	2 808
* Gastgewerbe	EUR	2 219	2 277	2 104	2 161	2 158	2 155	2 147	2 161	2 241
* Information und Kommunikation	EUR	5 209	5 276	4 722	4 759	4 810	4 852	4 892	4 894	4 755
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 184	5 252	4 346	4 391	4 372	4 353	4 469	4 465	4 399
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	(3 963)	(3 470)	(3 605)	/	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 031	5 172	4 366	4 422	4 536	4 574	4 522	4 576	4 374
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 274	2 482	2 200	2 228	2 334	2 367	2 368	2 364	2 381
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 642	3 730	3 561	3 542	3 563	3 591	3 644	3 677	3 670
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 249	4 304	4 202	4 163	4 160	4 209	4 239	4 222	4 036
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 783	3 804	3 567	3 588	3 540	3 560	3 606	3 620	3 638
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 587)	3 846	3 257	(3 392)	3 531	3 543	3 577	3 615	3 698
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 295	3 385	3 088	3 138	3 143	3 147	3 152	3 220	3 257

Geld und Kredit³

	Einheit	2014	2015		2016				2017
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	124 868	122 284	122 178	124 927	124 910	125 677	124 745	125 831
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 066	10 371	9 901	10 314	10 446	10 770	10 468	10 363
									10 808

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2014	2015		2016				2017
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 109	11 456	11 134	11 942	12 152	12 104	11 693	11 548	11 288
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 693	100 457	101 143	102 671	102 312	102 803	102 584	103 920	103 644
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 843	116 191	116 013	119 231	119 329	119 966	119 131	120 240	120 253
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 825	105 382	105 394	108 340	108 491	109 077	108 336	109 595	109 823
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 018	10 809	10 619	10 891	10 838	10 889	10 795	10 675	10 430
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 025	6 093	6 165	5 696	5 581	5 711	5 614	5 591	5 487

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	114 331	115 850	117 274	117 893	116 446	117 935	115 669	119 059	117 784
Sichteinlagen	Mill. EUR	55 411	60 249	62 506	63 055	62 391	64 562	66 064	69 254	69 127
Termineinlagen	Mill. EUR	25 128	23 065	22 608	22 434	22 804	22 413	18 880	18 863	18 182
Sparbriefe	Mill. EUR	5 817	5 078	4 995	4 833	3 892	3 737	3 589	3 415	3 154
Spareinlagen	Mill. EUR	27 976	27 460	27 165	27 571	27 359	27 223	27 136	27 527	27 321
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	111 895	113 579	115 084	115 837	114 262	115 636	114 000	117 372	116 084
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 955	110 920	112 439	112 962	111 883	113 059	111 446	114 321	113 626
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 940	2 659	2 645	2 875	2 379	2 577	2 554	3 051	2 485
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 436	2 271	2 190	2 056	2 184	2 299	1 669	1 687	1 700

Steuern

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 941	4 051	3 456	4 154	4 804	4 332	3 947	4 140	4 982
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 167	1 250	709	1 322	1 961	1 599	803	1 359	1 813
Lohnsteuer	Mill. EUR	835	853	640	1 177	745	625	668	1 211	804
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	165	169	-	491	-	-	-	497	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	164	147	16	- 50	498	589	22	- 2	549
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	90	98	18	150	433	38	79	62	135

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	28	20	6	51	3	4	7	78	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	13	-	47	-	-	-	73	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	48	131	29	- 7	283	342	28	10	321
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 12	- 1	-	- 27	-	-	-	- 21	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 774	2 801	2 747	2 832	2 843	2 732	3 144	2 781	3 169
Umsatzsteuer	Mill. EUR	536	480	409	646	556	382	458	374	520
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 238	2 321	2 338	2 186	2 287	2 351	2 685	2 407	2 649

Zölle

Mill. EUR	225	219	219	189	208	206	227	189	231
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	77	84	66	58	111	120	68	73	124
-----------	----	----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	29	34	21	26	38	29	32	34
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	55	33	37	85	81	39	41	90

Landessteuern

Mill. EUR	77	77	87	73	91	95	69	111	92
-----------	----	----	----	----	----	----	----	-----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	20	31	15	33	23	17	44	25
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	36	38	41	41	38	45	37	46	45
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	14	11	13	16	17	11	16	18
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	8	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	3	2	2	2	3

Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern

Gemeindesteuern	Mill. EUR	648	700	660	672	637	737	666	760	689
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	135	137	154	124	131	140	151	127	132
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	488	535	479	523	481	567	485	609	530
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	23	21	21	21	26	24	20	22

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2015	2016	2015		2016				2017
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Mill. EUR	1 022	1 039	1 008	1 336	659	1 114	1 041	1 391	727
Mill. EUR	400	443	385	358	466	481	384	442	502
Mill. EUR	414	382	394	736	33	415	379	700	64
Mill. EUR	48	49	48	94	4	48	48	98	2

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Mill. EUR	914	999	689	979	1 304	1 132	801	944	1 293
Mill. EUR	77	77	87	73	91	95	69	111	92
Mill. EUR	442	483	236	461	825	641	287	466	738
Mill. EUR	293	299	213	386	257	205	223	400	281
Mill. EUR	70	63	7	- 21	212	250	9	- 1	233
Mill. EUR	43	46	- 0	77	214	12	37	28	62
Mill. EUR	13	9	2	23	1	2	3	34	2
Mill. EUR	24	66	15	- 3	141	171	14	5	160
Mill. EUR	372	416	304	439	388	396	376	361	463
Mill. EUR	271	300	214	338	295	273	285	232	364
Mill. EUR	101	116	89	101	93	124	91	129	99
Mill. EUR	6	6	17	2	0	- 0	18	2	-
Mill. EUR	2	2	6	1	0	0	6	0	-
Mill. EUR	12	13	33	3	0	- 0	37	3	-
Mill. EUR	3	3	7	1	0	- 0	8	1	-

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 010	2 028	1 756	2 019	2 400	2 126	1 912	1 982	2 418
Mill. EUR	77	84	66	58	111	120	68	73	124
Mill. EUR	506	548	304	573	886	708	336	583	804
Mill. EUR	1 421	1 389	1 369	1 387	1 403	1 298	1 490	1 325	1 489
Mill. EUR	6	6	17	2	0	- 0	18	2	-

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2017

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2016/17 –
Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen
und Schulabgänger

Kennziffer: B1013 201600

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2016/17 –
Teil II: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte

Kennziffer: B1023 201600

Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2016/17

Kennziffer: B1083 201600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Obst im Juni 2017

Kennziffer: C2033 201701

Schlachtungen, Legehennenhaltung und
Eiererzeugung 2016

Kennziffer: C3053 201644

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2017 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201705

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im Mai 2017

Kennziffer: E1033 201705

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
im Mai 2017

Kennziffer: E1113 201705

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Mai 2017

Kennziffer: E4023 201705

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2017

Kennziffer: F2033 201705

Wohngeld 2016

Kennziffer: F2043 201600

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen
am 31. Dezember 2016

Kennziffer: F2073 201600

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im
Gastgewerbe im April 2017

Kennziffer: G1023 201704

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2017

Kennziffer: G4023 201705

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2017

Kennziffer: H1023 201704

Sozialleistungen

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am
31. Dezember 2016

Kennziffer: K1123 201600

Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerber-
leistungsgesetz 2016

Kennziffer: K1133 201600

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 1. Vierteljahr 2017 –
Die steuerpflichtigen Einkünfte der Personen-
gesellschaften und Gemeinschaften 2012

Kennziffer: L4073 201200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in
Deutschland im Juni 2017

Kennziffer: M1013 201706

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Mai 2017

Kennziffer: M1043 201742

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 1. Vierteljahr 2017
Kennziffer: N1013 201741

Umwelt

Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2015
Kennziffer: Q3023 201500

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2017
Kennziffer: Z1013 201704

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Juli 2017
Kennziffer: Z2201 201707

Faltblatt: Umwelt und Energie 2017

Faltblatt: Bildung 2017

Tourismus aktuell – Tourismus im ersten Quartal 2017
Kennziffer: G4019 201741

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland
Kennziffer: B5035 201701

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 – Berechnungsstand: November 2016/Februar 2017
Kennziffer: P1225 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Simone Emmerichs

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte